

MIDEM

LÄNDERBERICHT FRANKREICH

VON
AIMIE BOUJU



Zitiervorschlag:

Bouju, Aimie 2020: MIDEM Länderbericht Frankreich, Dresden.

INHALTSVERZEICHNIS

	ZUSAMMENFASSUNG	4
1.	EINLEITUNG	5
2.	DAS FRANZÖSISCHE REPUBLIKANISCHE INTEGRATIONSMODELL	6
2.1	Republikanische Werte und Laizismus	6
2.2	Gesellschaftliche Herausforderungen	7
2.2.1	Islam und Laizismus	7
2.2.2	Ballungszentren und Arbeitslosigkeit	8
3.	HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER MIGRANTENGRUPPEN	9
3.1	Arbeitsmigration	9
3.2	Flucht und Asyl	13
3.3	Aktuelle Entwicklungen	15
4.	POLITISCHE EINSTELLUNGEN ZU DEN THEMEN EINWANDERUNG UND INTEGRATION	17
4.1	Salienz des Themas Migration	17
4.2	Einstellungen zum Thema Migration	18
4.3	Das republikanische Integrationsmodell in Umfragen	19
5.	„MENSCHLICHKEIT“ UND „HÄRTE“: DIE EINWANDERUNGSPOLITIK VON GISCARD D’ESTAING BIS MACRON	19
5.1	Valéry Giscard d’Estaing: Anwerbestopp 1974	19
5.2	Die Wahl von François Mitterrand 1981	20
5.3	Die Politik von Nicolas Sarkozy	23
5.4	Der Umgang mit Nicolas Sarkozys ‚Erbe‘	24
5.5	Die Amtszeit von Emmanuel Macron	26
6.	STEUERUNG IN EINZELNEN FELDERN DER MIGRATIONSPOLITIK	29
6.1	Familienzusammenführung	29
6.2	Arbeit und Studium	30
6.3	Asyl	32
6.4	Irreguläre Einwanderung	33
7.	AUSBLICK	34
	LITERATURVERZEICHNIS	36
	AUTORIN	42
	IMPRESSUM	43

Zusammenfassung

Frankreich ist eines der ältesten Einwanderungsländer Europas. Heute hat knapp jede zehnte Bürgerin bzw. jeder zehnte Bürger eine Migrationsgeschichte. Der Anteil der zweiten Generation von Einwanderinnen und Einwanderern an der Gesamtbevölkerung ist einer der höchsten in Europa. Vor allem der Anteil von Menschen aus den Maghreb-Staaten an der Migrationsbevölkerung hat in der Nachkriegszeit auffallend zugenommen.

Die Zahl der Asylsuchenden ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Aktuell verzeichnet Frankreich die meisten Asylanträge in der EU. Auf dem Höhepunkt der europäischen ‚Flüchtlingskrise‘ spielte Fluchtmigration eine etwas geringere Rolle als in Ländern wie Deutschland oder Schweden. Noch 2015 kamen weniger Menschen unter Berufung auf das Asylrecht nach Frankreich als aus anderen Einwanderungsgründen.

Mit der Veränderung der soziokulturellen Struktur der eingewanderten Bevölkerung sind neue Konfliktlinien entstanden, so etwa bei der Frage nach der Vereinbarkeit des religiösen Glaubensbekenntnisses – insbesondere des Islams – mit dem französischen Prinzip des Laizismus. In der Öffentlichkeit werden Migrationsthemen hauptsächlich durch das Prisma des französischen republikanischen Integrationsmodells betrachtet.

Auf politischer Ebene wird das Thema Einwanderung seit den 1980er Jahren von der Partei Rassemblement National (ehem. Front National) besetzt und instrumentalisiert. Dabei erzeugt der steigende Zuspruch für Rassemblement National Druck auf die Regierungen, einen restriktiven Kurs in der Migrations- und Flüchtlingspolitik zu verfolgen.

Glossar: Parteien in Frankreich

Das französische Parteiensystem zeichnet sich neben einer starken Fragmentierung auch durch häufige Namensänderungen von Parteien aus. Die folgende Übersicht dient zum vereinfachten Verständnis dieses Berichts:

- **Debout La France (DLF)** ist eine Kleinpartei, die 2008 von Nicolas Dupont-Aignan gegründet worden ist. Sie verfolgt einen nationalkonservativen und euroskeptischen Kurs.
- Die **Fédération Nationale des Républicains Indépendants (FNRI)** war 1966 bis 1977 die Partei von Präsident Valéry Giscard d'Estaing. Sie vertrat eine eher liberal-konservative politische Linie und fusionierte später mit mehreren Parteien aus der Mitte und liberal-konservativen Rechten in die Partei **Union pour la Démocratie Française (UDF)**.
- **La France Insoumise (FI)** ist eine Partei des politisch linken Spektrums, sie wurde 2016 vom Präsidentschaftskandidaten Jean-Luc Mélançon gegründet. Sie vertritt neoliberalismus- und globalisierungskritische Positionen.
- Der **Front National (FN)** benannte sich 2018 in **Rassemblement National (RN)** um. Die national-konservative und rechtspopulistische Partei wird aktuell von Marine Le Pen geführt.
- Zu weiteren wichtigen Akteuren französischer Politik zählen die sozialdemokratische Partei **Parti Socialiste (PS)**, der unter anderem die ehemaligen Präsidenten François Mitterrand und François Hollande angehörten bzw. angehören.
- **Les Républicains (LR)**, bis 2015 **Union pour un Mouvement Populaire (UMP)**, ist eine der stärksten Parteien aus dem konservativ-liberalen Spektrum. Bekannte Parteimitglieder sind unter anderem die ehemaligen Präsidenten Nicolas Sarkozy und Jacques Chirac. Vorgänger der UMP war der **Rassemblement pour la République (RPR)**.
- **La République En Marche (LREM)** wurde 2016 vom aktuellen Präsidenten Emmanuel Macron gegründet. Der Parteiname wird häufig mit dem ursprünglichen Namen der politischen Bewegung ‚En Marche‘ abgekürzt.

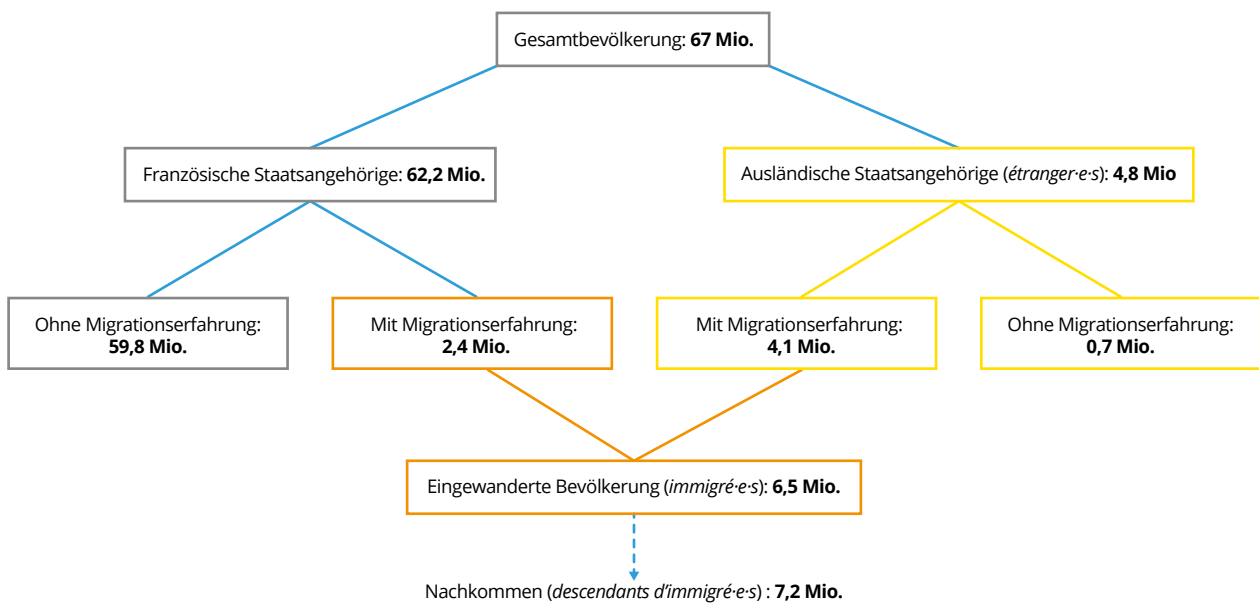
Diese Parteien bilden nur einen Teil des politischen Spektrums ab. Aktuell sind knapp 30 Parteien in acht Fraktionen der Assemblée Nationale vertreten.

INFOBOX – Grundlagen

- Gesamtfläche: 632.733,9 km²
- Bevölkerung, inklusive Überseegebiete: 66,9 Mio (2018)
- Bevölkerungsdichte: 104,6 Einw./km² (2016)
- Jährliche Bevölkerungswachstumsrate: 0,40 % (2011-2016)
- Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (étranger·e-s): 7,1 % (4,8 Mio.)
- Anteil der migrantischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung (immigré·e-s): 9,7 % (6,5 Mio.)
- Arbeitslosenquote: 8,5 %

Begriffe: Immigré - Étranger

In diesem Bericht werden die Begriffe ‚Migrant‘ sowie ‚Ausländer‘ in Anlehnung an die französischen Begriffe *immigré* und *étranger* verwendet. Als Migrantinnen und Migranten bzw. Einwanderinnen und Einwanderer wird die Bevölkerung mit Migrationserfahrung bezeichnet (*immigré·e-s*). Sie sind im Ausland mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit geboren und haben sich im Laufe ihres Lebens in Frankreich niedergelassen. Hier geht es also ausschließlich um Menschen, die immigriert sind. Zum Teil haben sie im Laufe ihres Aufenthalts in Frankreich die französische Staatsbürgerschaft erhalten (Eingebürgerte). Ausländerinnen und Ausländer sind diejenigen, die die französische Staatsbürgerschaft nicht besitzen (*étranger·e-s*). Sie werden entweder zur migrantischen Bevölkerung (wenn sie eine Migrationserfahrung haben) oder separat gezählt (wenn sie keine Migrationserfahrung haben, bspw. Kinder ohne französische Staatsangehörigkeit, die in Frankreich geboren sind). Anders als in Deutschland, wo die statistische Definition ‚Migrationshintergrund‘ Anwendung findet, fällt die zweite Generation von Eingewanderten nicht in die Kategorie ‚Migrantinnen und Migranten‘. Vielmehr werden diese separat gezählt.



Quelle: Insee (2015, 2017, 2018a, 2019a, 2019b)

1. EINLEITUNG

Frankreich ist eines der ältesten Einwanderungsländer Europas. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts bis Anfang der 1970er Jahre wurden ausländische Arbeitskräfte aktiv angeworben, um dem Fachkräftemangel in verschiedenen industriellen Bereichen entgegenzuwirken. Heute hat knapp jede zehnte Bürgerin bzw. jeder zehnte Bürger eine Migrationsgeschichte (siehe Infobox). Der Anteil der sogenannten zweiten Generation von Einwandererinnen und Einwanderern an der Gesamtbevölkerung ist einer der höchsten in Europa (Insee 2017).

Migrationsbewegungen nach Frankreich haben sich in den letzten Jahrzehnten stark diversifiziert. Während die Arbeitsmigration seit den 1970er Jahren stark an Bedeutung verloren hat, spielen Familienzusammenführungen nunmehr eine sehr bedeutende Rolle. Die Zahl der Asylsuchenden ist in den letzten Jahren stark gewachsen. Aktuell verzeichnet Frankreich in der EU die meisten

Asylanträge. Migrantinnen und Migranten kommen ebenfalls aus immer unterschiedlicheren und zum Teil fernerer Ländern. Innerhalb von 40 Jahren ist der Anteil von Menschen aus den Maghreb-Staaten an der Migrationsbevölkerung stark gewachsen: Während 28 Prozent der migrantischen Bevölkerung im Jahr 1975 von dort und aus anderen afrikanischen Ländern stammten, repräsentierten Einwanderer und Einwanderinnen aus diesen Regionen im Jahr 2014 knapp 43 Prozent der eingewanderten Bevölkerung. Der Anteil an Migrantinnen und Migranten aus EU-Staaten ist hingegen von 67 Prozent auf 38 Prozent zurückgegangen (Insee 2018b).

Migration nimmt seit den 1980er Jahren eine zentrale Rolle in der öffentlichen und politischen Debatte in Frankreich ein und ist seitdem regelmäßig auf der politischen Agenda präsent. Mit der jüngsten Veränderung der soziokulturellen Struktur der eingewanderten Bevölkerung sind neue Konfliktlinien entstanden, so etwa die Frage nach der Vereinbarkeit des religiösen Glaubensbekenntnisses – insbesondere des Islams – mit dem französischen Prinzip des Laizismus, das eine strikte Trennung von Religion und Staat vorsieht. In der Öffentlichkeit werden Migrationsthemen hauptsächlich durch das Prisma des französischen republikanischen Integrationsmodells betrachtet. Weitere Themen spielen aber auch eine wichtige Rolle, wie zum Beispiel die Öffnung des französischen Arbeitsmarkts für Personen aus neuen EU-Mitgliedstaaten.

Wie werden die Debatten um solche Fragen in der Öffentlichkeit und in der Politik geführt? Welche Konfliktlinien werden dabei sichtbar? Unter Berücksichtigung der historischen Entwicklung französischer Einwanderungspolitik geht dieser Bericht der Frage nach, welche Rolle das Themenfeld Migration in den gesellschaftlichen und politischen Debatten Frankreichs spielt.

2. DAS FRANZÖSISCHE REPUBLIKANISCHE INTEGRATIONSMODELL

2.1 REPUBLIKANISCHE WERTE UND LAIZISMUS

Der republikanische Universalismus, auch als republikanischer Pakt (*pacte républicain*) bekannt, stellt ein Grundprinzip der Französischen Republik dar (Streff-Fénart 2009). Individuen sind mit gleichen Rechten ausgestattet und zur Einhaltung gemeinsamer Prinzipien und Werte verpflichtet. Der republikanische Pakt wendet sich dabei nicht nur an Migrantinnen und Migranten, sondern generell an jedes Individuum im französischen Staat. Er prägt das kollektive Verständnis, wie das Zusammenleben von Individuen und ihre Integration in die französische Gesellschaft idealerweise geschehen soll. Darüber hinaus beeinflusst er stark die französische Debatte über Einwanderung und Integration.

Im französischen Republikanismus ist die Nation ein politisches Gemeinwesen und keine ethnisch-kulturelle Gemeinschaft (Bizeul 2019: 137). Nach der französischen Verfassung 1958 ist Frankreich „[...] eine unteilbare, laizistische, demokratische und soziale Republik“ (Art. 1 Französische Verfassung vom 4. Oktober 1958). Dies hat für die französische Integrationspolitik zur Folge, dass nur Einzelpersonen im französischen Integrationskonzept anerkannt und integriert werden. Der kulturelle Hintergrund und die Abstammung spielen nach dem französischen republikanischen Ideal eine untergeordnete Rolle. Wichtiger Bestandteil des sogenannten republikanischen Integrationsmodells ist die Achtung der Werte der Französischen Republik (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit), der demokratischen Rechte (Frauenrechte, Kinderrechte etc.) sowie des Laizismus (*laïcité*).

Der Laizismus garantiert die Religionsfreiheit, doch religiöse Gemeinschaften sind seit 1905 gesetzlich als Institutionen vom Staat getrennt. Nach diesem Prinzip soll der öffentliche und staatliche Raum frei von religiösen

Symbolen sein. Im Unterschied zu Deutschland sind Religionsunterricht an Schulen oder das staatliche Erheben einer Kirchensteuer untersagt. Das Tragen religiöser Zeichen in staatlichen Strukturen ist ebenfalls gesetzeswidrig. Bereits in der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte 1789 wurde dieses Prinzip verankert. Der Grundgedanke ist, dass niemand „[...] wegen seiner Anschauungen, selbst religiöser Art, belangt werden [soll]“, solange deren Äußerung nicht die durch das Gesetz begründete öffentliche Ordnung stört. Das Prinzip des Laizismus ist in jeder französischen staatlichen Institution verankert. Beispielsweise sind französische staatliche Schulen seit den Jules-Ferry-Gesetzen von 1881/82 „kostenlos, obligatorisch sowie laizistisch“ (Cabanel 1999).

Nach dem französischen republikanischen Modell kann argumentiert werden, dass jede und jeder, unabhängig ob französischer oder ausländischer Herkunft, in die Gesellschaft integriert ist, wenn sie bzw. er diese Werte respektiert (Badea 2012). In diesem Sinne ist das republikanische Integrationsmodell als eine Form von ‚Assimilation‘ zu verstehen. Integration erfolgt nach dem republikanischen Ideal, wenn Einwanderinnen und Einwanderer die Werte und Prinzipien der französischen Republik ‚verinnerlichen‘ und anwenden. In den öffentlichen Debatten um Einwanderung und Integration ist das republikanische Modell immer wichtiger geworden (Lochak 2007). Beispielsweise verlangt seit 2007 das französische Recht bei der Einreise von Drittstaatsangehörigen, dass sie einen sogenannten republikanischen Integrationsvertrag (*contrat d'intégration républicaine*)¹ unterzeichnen, in dem sie sich dazu verpflichten, die Grundsätze und Werte der französischen Republik zu respektieren. Im Allgemeinen werden Integrationsdebatten, wie Debatten um das Tragen von Kopftüchern in Schulen, die Einführung ‚ethnischer‘ Daten in die Statistik oder die Förderung von mehr ‚Vielfalt‘ in Unternehmen, dabei stark auf der Grundlage des republikanischen Integrationsmodells geführt (Simon 2015; Lochak 2007).

2.2 GESELLSCHAFTLICHE HERAUSFORDERUNGEN

2.2.1 ISLAM UND LAIZISMUS

Ein kurzer Blick auf die gesellschaftlichen Debatten der letzten Jahrzehnte zeigt, dass das Thema Religion immer wieder Gegenstand öffentlicher Diskussionen wurde und den Diskurs um Einwanderung entscheidend mitprägte. Die Debatten konzentrieren sich dabei stark auf die Frage der Vereinbarkeit von Religion mit dem republikanischen Integrationsmodell (Roy 2007). Weiterhin wird der Umgang mit dem Islam wiederholt thematisiert (Le Cour Grandmaison 2011).

Die Vereinbarkeit von islamischem Glauben und laizistischem Grundsatz steht spätestens seit 1989 im Rahmen der sogenannten ‚Kopftuchaffäre‘ (*affaire du foulard islamique*) im Vordergrund: Ein Schuldirektor hatte im Oktober 1989 drei muslimischen Schülerinnen mit Kopftuch den Zugang zum Unterricht verweigert. Diese Entscheidung wurde von zivilgesellschaftlichen Organisationen scharf kritisiert und führte Ende 1989 zu einer stark polarisierten Debatte, die auch in den darauffolgenden Jahren in der Öffentlichkeit nicht nachließ. In einem Rundschreiben² von 1994 empfahl der Bildungsminister François Bayrou, zwischen „diskreten“ und „auffälligen“ religiösen Zeichen zu differenzieren. „Diskrete“ religiöse Zei-

1 Das Gesetz hieß ursprünglich ‚Aufnahme- und Integrationsvertrag‘ (*Contrat d'accueil et d'intégration*) und wurde 2016 umbenannt.

2 Durch die Rundschreiben eines Ministeriums werden den zuständigen Verwaltungen bestimmte Anweisungen gegeben, beispielsweise die Erarbeitung von Kriterien für die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen.

chen könnten toleriert werden, „auffällige“ seien hingegen gesetzeswidrig (Éducation nationale 1994). Diese Unterscheidung wurde 2004 in das Gesetz über das Tragen religiöser Zeichen in Schulen aufgenommen. Entlang einer ähnlichen Konfliktlinie verlief die sogenannte Burkini-Debatte 2009, insbesondere aber im Sommer 2016, als Frauen mit der körper- und kopfbedeckenden Badekleidung öffentliche Bäder und Strände besuchten. In einigen Kommunen Südfrankreichs wurden daraufhin Badeverbote für Frauen mit Burkini erlassen – bevor der Staatsrat dies für rechtswidrig erklärte. Eine weitere Kontroverse entfachte im Oktober 2019 ein Ratsmitglied des Rassemblement National, der eine Mutter verbal angriff. Diese begleitete Schülerinnen und Schüler im Rahmen eines Schulausflugs zu einer Plenarsitzung des Regionalrats und trug dabei ein Kopftuch.

Bei der Debatte um Laizismus und Islam steht weniger Einwanderung als solche im Fokus, sondern eher die Frage nach der ‚Fähigkeit‘ der französischen Gesellschaft, muslimische Migrantinnen und Migranten und ihre Nachkommen im Sinne des republikanischen Modells zu integrieren. Im Laufe der Jahre wurde die Debatte von Sicherheitsaspekten übertönt. Einen Höhepunkt markierten die sogenannten Banlieues-Unruhen 2005³. Seitdem prägt der Dreiklang „Kriminelle, Muslime, (illegale) Einwanderer“ (Wihtol de Wenden 2007: 156) regelmäßig die Medienberichterstattung. Spätestens die terroristischen Anschläge in Paris 2015 verschärften die Verknüpfung zwischen Religion und Sicherheitsfragen. Nicht nur der ‚radikale Islam‘, sondern auch der Islam als solcher rückten in den Fokus.⁴

2.2.2 BALLUNGSZENTREN UND ARBEITSLOSIGKEIT

Die Konzentration auf das republikanische Modell in der politischen Debatte hat dazu geführt, dass andere Aspekte der Integrationspolitik wie Wohnungs- und Bildungspolitik in der Vergangenheit zum Teil vernachlässigt wurden (Lévy-Vroelant 2006). Spätestens im Zuge der Banlieues-Unruhen im Jahr 2005 ist das Thema Wohnungspolitik zunehmend in die nationale und auch internationale Öffentlichkeit gerückt. Knapp 80 Prozent der migrantischen Bevölkerung in Frankreich lebt in großen Ballungszentren (Insee 2016). Jeder dritte Eingewanderte (38 Prozent) wohnt in Paris oder in einem Pariser Vorort. In dünn- oder kaum besiedelten Gebieten sind Migrantinnen und Migranten hingegen kaum präsent. Die geografische Konzentration der eingewanderten Bevölkerung hat sich im Laufe der Jahre kaum verändert: 89,6 Prozent der Einwandererinnen und Einwanderer, die in den letzten fünf Jahren nach Frankreich kamen, leben in großen städtischen Gebieten (Insee 2017).

Die Konzentration der migrantischen Bevölkerung auf bestimmte Regionen ist das Ergebnis mehrerer größerer Migrationsbewegungen in den 1960er Jahren, insbesondere nach Südwestfrankreich und in urbanisierte sowie industrialisierte Gebiete. Die Entstehung von Trabantenstädten (*ville-dortoir*) und Großsiedlungen am Rande von industrialisierten Großstädten in der Nachkriegszeit sowie ihre Wirkung auf die Segregation bestimmter Bevölkerungsteile wurden soziologisch mehrfach kritisiert (Lefebvre 1968, Bourdieu et al. 1997). Arbeitslosigkeit trifft besonders die Einwohnerinnen und Einwohner (mit oder ohne Migrationserfahrung)

3 Die Banlieues-Unruhen begannen im Oktober 2005. Zwei Jugendliche aus einem Pariser Vorort starben bei dem Versuch, einer Polizeikontrolle zu entkommen. Dies löste Brandstiftungen sowie gewalttätige Zusammenstöße zwischen Jugendlichen und der Polizei aus. Die Unruhen dehnten sich wochenlang auf viele städtische Vororte aus. Im November 2005 wurde der Ausnahmezustand ausgerufen. Diese Unruhen heben sich von anderen Protesten durch das Ausmaß der materiellen Zerstörung und der Medienberichterstattung ab.

4 Nach diesen letzten Entwicklungen erzielte die rechtspopulistische Partei Front National bzw. Rassemblement National mit einem starken Sicherheits- und Antimigrationsdiskurs beachtliche Wahlerfolge (Perrineau 2014, 2016).

dieser ‚sensiblen Stadtgebiete‘ (*Zones urbaines sensibles*) (Vie Publique 2015). Knapp 45 Prozent der Jugendlichen zwischen 15 und 29 Jahren aus diesen Stadtgebieten sind arbeitslos.

Generell besteht ein bedeutender Unterschied zwischen der migrantischen und ausländischen Bevölkerung einerseits und den französischen Staatsangehörigen ohne Migrationserfahrung andererseits. Die Arbeitslosenquote unter der ausländischen (20 Prozent) und migrantischen (16,3 Prozent) Bevölkerung ist deutlich höher als unter der französischen (9 Prozent) (Insee 2018c). Von der Arbeitslosigkeit sind besonders weibliche Drittstaatsangehörige betroffen: 27,3 Prozent von ihnen sind arbeitslos.

Ausländische und migrantische Berufstätige sind in den Bereichen Industrie, Handel und Kleinunternehmen sowie im Handwerk vergleichsweise überrepräsentiert. Bei den Führungskräften sind beide Gruppen unterrepräsentiert. Schließlich gibt es Unterschiede bei den Bildungsabschlüssen. Im Vergleich zum Rest der Bevölkerung verlassen Kinder von Zugewanderten häufiger die Schule ohne Abschluss (Insee 2012). Auch hier gibt es wiederum Unterschiede hinsichtlich des Geburtslands der Eltern. Kinder von Zugewanderten aus einem afrikanischen Land sind mit spezifischen Problemen konfrontiert: Eine Insee-Studie weist darauf hin, dass der Bildungsweg der Nachkommen von Einwanderinnen und Einwanderern aus Afrika weniger geordnet verläuft und sie so in größerer Zahl zu einem niedrigeren Qualifikationsniveau führt (Brinbaum et al. 2012). Dadurch sind sie am stärksten von Arbeitslosigkeit und prekären (Arbeits-)Verhältnissen betroffen. Eine Erklärung hierfür findet sich in der familiären Situation: So haben bereits ihre Eltern einen eher schlechter gestellten sozio-ökonomischen Hintergrund, sind häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen und wohnen in benachteiligten Stadtteilen.⁵ Die Schwierigkeiten ergeben sich somit hauptsächlich aus Wechselwirkungen zwischen Bildung, Beschäftigung und Wohnen, die nun durch Besonderheiten der Herkunft verstärkt werden (Insee 2017).

3. HISTORISCHE ENTWICKLUNG DER MIGRANTENGRUPPEN

3.1 ARBEITSMIGRATION

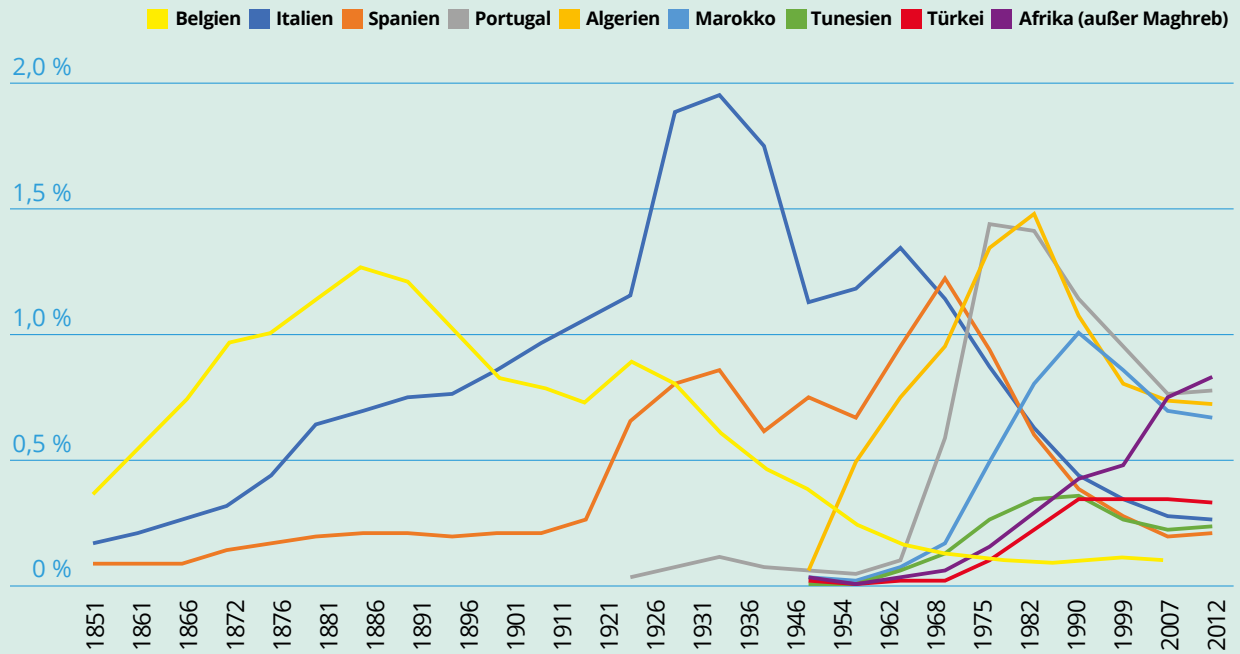
Jahrzehntelang prägte Arbeitsmigration die Einwanderungsgeschichte Frankreichs. Bereits ab 1850 begann der französische Staat aufgrund der industriellen Revolution, Migrantinnen und Migranten aufzunehmen, um die Nachfrage nach Arbeitskräften zu befriedigen (Sturm-Martin 2001: 35). Anfang des 19. Jahrhunderts trug Arbeitsmigration somit stark zur wirtschaftlichen Entwicklung Frankreichs bei. Bis zum Anwerbestopp in den 1970er Jahren spielte sie eine wesentliche Rolle in der französischen Migrationspolitik.

Die französische Geschichte der Arbeitsmigration ist durch drei große Anwerbephasen gekennzeichnet: die industrielle Revolution, die 1920er Jahre und das ‚Wirtschaftswunder‘ nach dem Zweiten Weltkrieg. Im 19. Jahrhundert erlebten zunächst die Textil-, Bergbau- und Stahlindustrien beachtlichen Aufschwung. Gleichzeitig führte der Rückgang der Geburtenzahlen in der französischen Bevölkerung dazu, ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Migrationsbewegungen im 19. Jahrhundert prägte dabei vor allem ‚Nachbarschaftsmigration‘ (*immigration de voisinage*) (Weil 1988): Einwandererinnen und Einwanderer kamen aus den Nachbarlän-

⁵ Zwischen 40 und 50 Prozent der migrantischen Haushalte von Personen aus den Maghreb-Staaten und etwa 50 Prozent aus weiteren afrikanischen Ländern wohnen in Sozialwohnungen (Ministère de l'Intérieur 2018). Im Gegensatz dazu besitzt mehr als die Hälfte migrantischer Personen aus südeuropäischen Ländern Wohneigentum.

dern und siedelten sich vor allem in französischen Grenzregionen an (im Norden aus Belgien, im Südwesten aus Spanien und im Südosten aus Italien). Bis 1880 kamen die meisten Migrantinnen und Migranten aus Belgien, später (ab 1900) stellten Italienerinnen und Italiener die größte Einwanderergruppe dar. Sie blieben bis in die 1960er Jahre die größte Migrantengruppe in Frankreich.

Abb. 1: Anteil von Migrantinnen und Migranten an der Gesamtbevölkerung nach Herkunftsland in Prozent, 1851-2012



Quelle: Insee (2016)

Seit dem Ersten Weltkrieg wurde Einwanderung staatlich organisiert und gesteuert. Während des Ersten und Zweiten Weltkriegs appellierte der französische Staat an Arbeitskräfte aus den Kolonien, sich an den Frontkämpfen zu beteiligen. Ausländerinnen und Ausländer sowie Arbeitskräfte aus den Kolonialgebieten, beispielsweise Algerien oder Madagaskar, wurden für die nationale Verteidigung rekrutiert, aber ebenfalls in industriellen Bereichen (wie der Rüstungsindustrie) eingesetzt. Eine Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte fand in größerem Umfang aber erst nach 1918 statt, denn nach dem Ersten Weltkrieg verschärfte sich der Arbeitskräftemangel auf dem französischen Arbeitsmarkt weiter. Frankreich schloss zwischen 1919 und 1932 verschiedene Anwerbeabkommen mit europäischen Ländern wie Italien, Polen, der Tschechoslowakei und Spanien und somit deutlich früher als andere europäische Länder. Vor der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre lebten 2,7 Millionen Einwanderinnen und Einwanderer in Frankreich und repräsentierten dabei 6,6 Prozent der Gesamtbevölkerung (De Luca Barrusse 2012: 61). Nach den USA war Frankreich zu dieser Zeit, gemessen an den Einwanderungsraten, das zweitgrößte Einwanderungsland der Welt.

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg begann der französische Staat erneut, ausländische Arbeitskräfte anzuwerben. Der vorübergehende Aufnahmestopp in den 1930er Jahren wurde während des ‚französischen Wirtschaftswunders‘ (*Trente Glorieuses*) aufgehoben (Weil 1988: 47). Zwischen 1946 und 1975 erlebte Frankreich wie viele westeuropäische Länder eine Periode von starkem Wachstum. Sektoren wie das Baugewerbe und die Automobil- und Metallindustrie wuchsen schnell, ebenso der Bedarf an Arbeitskräften. Der französische Staat unterzeichnete dafür

mehrere Abkommen mit südeuropäischen Ländern wie Italien, Griechenland, Spanien oder Portugal, aber auch mit den Maghreb-Staaten Marokko und Tunesien sowie mit der Türkei und dem damaligen Jugoslawien. Algerische Gastarbeiter wurden ebenfalls in den verschiedenen industriellen Bereichen eingesetzt. Bis 1962 kamen algerische Arbeiterinnen und Arbeiter als französische Staatsangehörige nach Frankreich.

INFOBOX – (Post)koloniale Einwanderung aus Algerien

Kolonialismus und Einwanderung weisen enge Verflechtungen auf. Algerien kommt in der Migrationsgeschichte Frankreichs eine besondere Rolle zu. 1946 wurde ‚französischen Muslimen Algeriens‘⁶ ein neuer Status gewährt, der ihnen die Freizügigkeit und den arbeitsmarktbedingten Aufenthalt auf dem französischen Festland erleichterte. Nach dem Algerienkrieg (1954-1962) kam es dann zu einer erhöhten Zuwanderung aus Algerien, die auch französische Siedlerinnen und Siedler bzw. ihre Nachkommen einschloss (die umgangssprachlich als ‚*Pieds-noirs*‘ bezeichnet werden). 1964 schloss Frankreich ein Anwerbeabkommen mit dem nun unabhängigen Algerien ab.

Viele algerische Arbeitskräfte wanderten nach Frankreich aus. 1954 wurden in der Volkszählung 211.000 ‚französische Muslime Algeriens‘ auf dem französischen Festland gezählt (Pervillé 2002). 1962 waren es 350.000. Im Jahr 2016 lebten knapp 806.903 Einwandererinnen und Einwanderer aus Algerien in Frankreich und bildeten somit die größte Migrantengruppe, knapp vor der Gruppe der Eingewanderten aus Marokko.

Die Rechtslage der algerischen Bevölkerung in Bezug auf die Einreise und den Aufenthalt in Frankreich ist einzigartig und das Ergebnis der (post-)kolonialen Geschichte, die beide Länder miteinander verbindet (Spire 2005: 239). Die Verträge von Evian 1962, mit denen der Algerienkrieg endete, sahen den freien Personenverkehr zwischen Frankreich und Algerien für Staatsangehörige beider Länder vor. Seitdem unterscheidet sich die Situation der algerischen Staatsangehörigen rechtlich von anderen ausländischen Bevölkerungsgruppen. Ein neues Abkommen wurde 2001 unterzeichnet und passte die Rechtslage für algerische Migrantengruppen im Wesentlichen an das geltende Einwanderungsrecht an.

Laut dem Historiker Gérard Noiriel folgte die französische Einwanderungspolitik jahrzehntelang einer „kapitalistischen Logik“ (Noiriel 2010: 24). Ausländische Fachkräfte wurden gezielt nach den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes aufgenommen. Die Rekrutierung wurde in Zeiten wirtschaftlicher Krisen abrupt gestoppt. Die Wirtschaftskrise 1974 führte zu einer vollständigen Aussetzung der Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte. Ab diesem Zeitpunkt wurden keine arbeitsmigrationsbezogenen Aufenthaltstitel mehr erteilt. Auch in den 1980er Jahren unter François Mitterand fand keine umfangreiche Rekrutierung von ausländischen Arbeitskräften statt. Die ‚Null-Einwanderungspolitik‘ (*immigration zéro*) des Innenministers Charles Pasqua führte dazu, dass Arbeitsmigration in den 1990er Jahren nur noch eine marginale Rolle spielte. Noch heute, trotz Versuchen der französischen Regierungen, die Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte zu begünstigen, werden vergleichsweise kaum Ar-

6 Dieser Begriff bezeichnete die algerische Bevölkerung unter der Kolonialherrschaft Frankreichs.

beitsaufenthaltstitel an Migrantinnen und Migranten erteilt. Einen ‚Pool‘ an qualifizierten Arbeitskräften bilden hingegen ausländische Studentinnen und Studenten. Zwischen 1946 und 1969 wurden drei Viertel der Gesamtaufenthaltstitel aus Gründen der Arbeitsaufnahme erteilt. Zwischen 1970 und 1992 waren es nur noch ein Drittel (OCDE 2017a: 45). 2018 umfasste Arbeitsmigration nur einen Anteil von 15 Prozent an allen erteilten Aufenthaltstiteln an Drittstaatsangehörige.

Migrantinnen und Migranten, die mit einem Arbeitsaufenthaltstitel nach Frankreich einreisen, werden oft in prekären (Saison- oder Zeitarbeit) oder gar illegalen Arbeitsverhältnissen angestellt (OCDE 2017a: 49). In den letzten Jahren ist die Anzahl der Saisonarbeiterinnen und -arbeiter gestiegen. Zunehmend reisen ausländische Arbeitskräfte aus Asien, dem subsaharischen Afrika und Osteuropa ein. Die EU-Erweiterung in den 1990er und 2000er Jahren hat einen Zugang zum Arbeitsmarkt für solche EU-Bürgerinnen und -Bürger geschaffen, die bisher überwiegend als Saisonarbeiterinnen und -arbeiter tätig waren (wie zum Beispiel in Spanien und Portugal in den 1990er Jahren oder auch Polen). Unter anderem ermöglicht die ‚Entsenderichtlinie‘ eine neue Beschäftigungsart von Arbeitskräften aus den EU-Ländern, die nichtdestrotz umstritten bleibt (siehe Infobox).

INFOBOX – EU-Arbeitsmigration und Sozialdumping

Frankreich ist das zweitgrößte Zuwanderungsland für „entsandte Arbeitnehmer“ in der EU: 14 Prozent aller Arbeitskräfte unter sogenanntem Entsende-Status in Europa sind in Frankreich tätig. Im Jahr 2017 waren es etwa 516.000 EU-Arbeitskräfte. Die meisten kommen aus Polen, Spanien und Portugal. 41 Prozent arbeiten in der Baubranche, knapp 21 Prozent im industriellen Bereich (Europäische Kommission 2018a). Der Status wird seit 1996 von der ‚Entsenderichtlinie‘ reguliert. Lohn und Arbeitsbedingungen hängen dabei vom Gastland ab, während die Sozialbeiträge im Herkunftsland bezahlt werden. Für Kritikerinnen und Kritiker fördert die Richtlinie ‚Sozialdumping‘. Arbeitskräfte aus dem EU-Ausland seien ‚günstiger‘ als aus dem Inland und stellten damit eine unfaire Konkurrenz für französische Arbeitnehmerinnen und -nehmer dar.

Seit ihrem Erlass 1996 wird für eine Änderung oder gar eine komplette Abschaffung der Richtlinie gestritten. Die stärkste Mobilisierung findet an den äußeren politischen Rändern statt, mit euroskeptischen, rechtspopulistischen Parteien auf der einen Seite, die eine ungerechte Konkurrenz und den Nachteil für *französische* Arbeitskräfte betonen. Gewerkschaften und linke Kräfte, zum Beispiel aus der Antiglobalisierungsbewegung, stehen auf der anderen Seite und verfügen ebenfalls über starkes Mobilisierungspotenzial. Bei ihnen steht der Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit im Vordergrund. Der Höhepunkt der politischen Auseinandersetzung über die Entsenderichtlinie wurde 2005 beim Referendum über den Europäischen Verfassungsvertrag erreicht (Crespy 2012). Im Mittelpunkt der Debatten stand damals die ‚Bolkestein-Richtlinie‘,⁷ benannt nach dem ehemaligen Europäischen Kommissar für den Binnenmarkt Frits Bolkestein. Gegnerinnen und Gegner mobilisierten monatelang die Öffentlichkeit mit einer Kampagne, die zur Ablehnung des Europäischen Verfassungsvertrags beitrug.

7 Die Richtlinie 2006/123/EG (auch ‚Bolkestein-Richtlinie‘ genannt) änderte die Rechtsvorschriften über den Dienstleistungsmarkt in der Europäischen Gemeinschaft und vereinfachte die Bedingungen für einen Dienstleister aus einem EU-Mitgliedstaat, unter denen er in einem anderen Mitgliedstaat tätig sein kann.

Die Forderung nach der Abschaffung der EU-Richtlinie fand sich dann im Wahlprogramm zur Europawahl 2019 des Rassemblement National sowie von France Insoumise. Les Républicains forderten ebenfalls eine Änderung der Richtlinie. Nach der Präsidentschaftswahl 2017 fokussierte die Debatte dann wieder zunehmend auf die Einstellung von EU-Arbeitskräften, als Präsident Emmanuel Macron eine Europatour startete, um bei europäischen Partnern für eine Reform des Status von entsendenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu werben.⁸

3.2 FLUCHT UND ASYL

Seit langer Zeit ist Frankreich ein Aufnahmeland (*terre d'accueil*) für Geflüchtete und Staatenlose (Diaz 2012). Die Aufnahme von Menschen, die einen staatlichen Schutz zum Beispiel aus religiösen und politischen Gründen suchen, ist eng mit der Geschichte des Landes verflochten. Die ersten Gesetze für die Verteilung von Geflüchteten auf französischem Gebiet stammen aus dem Jahr 1832. Bereits 1833 wurden Prüfungskommissionen für Schutzsuchende eingerichtet.

Während des Ersten Weltkriegs stieg die Zahl der Staatenlosen durch die Auflösung und Neuausrichtung der europäischen Grenzen drastisch an, Millionen von Menschen wurden zur Flucht gezwungen. Frankreich nahm in dieser Zeit insbesondere zwei Gruppen auf, nämlich die von der Revolution vertriebenen russischen Bürgerinnen und Bürger sowie Vertriebene aus dem Osmanischen Reich, hauptsächlich Armenierinnen und Armenier nach dem Völkermord im Jahr 1915.

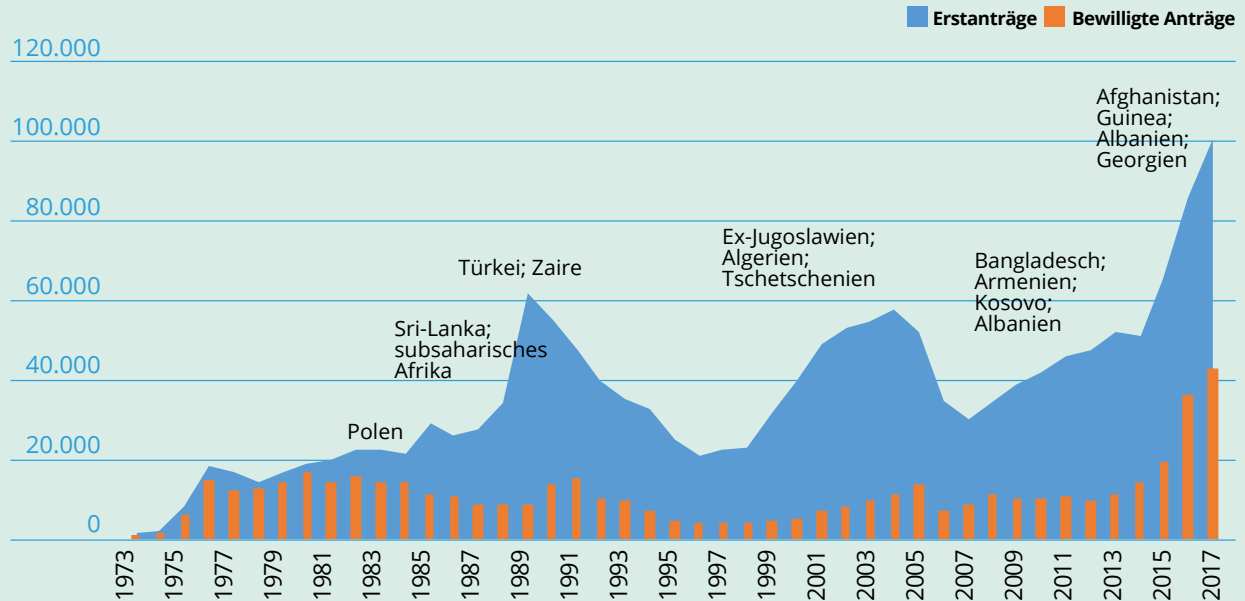
1952 wurde das französische Amt für Geflüchtete und Staatenlose OFPRA (*Office Français de Protection des Réfugiés et Apatrides*) gegründet (OFPRA 2018a). In den ersten Jahren nach der Gründung kam infolge des Franquismus⁹ ein großer Teil der Antragstellerinnen und -steller aus Spanien sowie aus Osteuropa, die unter anderem nach dem Februarumsturz 1948 in Ungarn oder nach den März-Unruhen 1968 in Polen die jeweiligen Länder verließen.

Die ersten außereuropäischen schutzsuchenden Antragstellerinnen und -steller kamen aus Lateinamerika, insbesondere aus Chile nach dem Putsch gegen Präsident Allende 1973 (OFPRA 2018b). In den 1970er Jahren folgten vietnamesische, laotische und kambodschanische Flüchtlinge. In den 1980er und 1990er Jahren kamen Antragstellerinnen und -steller aus immer unterschiedlicheren und zum Teil fernerer Ländern wie der Türkei, Haiti, Sri-Lanka, Iran, Zaire oder Mali. Die Umbrüche in der übrigen Welt in den 1990er und 2000er Jahren, ethnische und politische Konflikte, Kriege und Völkermorde führten zu umfangreichen Migrationsbewegungen, so dass sich die Zahl der Erstanträge stark erhöhte (siehe Abb. 2).

⁸ Das endgültige Abkommen zwischen den europäischen Ländern sieht unter anderem eine Verkürzung der Dauer der Entsendung um zwölf Monate vor.

⁹ Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg und bis zum Tod von Francisco Franco flüchteten ebenfalls mehrere hunderttausende spanische Bürgerinnen und Bürger nach Frankreich.

Abb. 2: Entwicklung der Zahl der Asylanträge seit 1973



Quelle: OFPRA (2018b); Ministère de l'Intérieur (2019a)

Seit 2014 verzeichnete die französische Asylbehörde OFPRA einen deutlichen Anstieg der Erstanträge und Aufenthaltsbewilligungen. Die aktuelle Anzahl der Asylanträge ist momentan auf ihrem höchsten Stand. Nach Angaben des Innenministeriums wurden im Jahr 2019 120.900 Anträge in Frankreich registriert, demgegenüber stehen 119.900 Asylanträge in Deutschland (AFP 2019). Damit verzeichnet Frankreich aktuell die höchste Anzahl der Asylanträge in Europa. Die Hälfte der Antragstellenden kommt aus afrikanischen Ländern. In den letzten Jahren lässt sich auch ein Anstieg an Anträgen aus kaukasischen Staaten feststellen. 2018 kamen die meisten Erstantragsstellerinnen und -steller aus Afghanistan (9.439 Anträge), Guinea (6.162), aber auch aus Albanien (5.763) und Georgien (4.776) (Ministère de l'Intérieur 2019a). Im Jahr zuvor stellte Albanien das Herkunftsland der meisten Erstantragssteller dar.¹⁰

INFOBOX – Zivilgesellschaftlicher Aktivismus und die Bewegung der ‚Sans-Papiers‘

Kennzeichnend für die französische Öffentlichkeit ist ein starkes Engagement von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die als Interessenvertretungen für Migrantinnen und Migranten wirken (auch ‚cause des migrants‘ oder ‚cause des étrangers‘ genannt) (Pette / Eloire 2016). Die Bewegung hat ihre Wurzeln im Jahr 1996, als eine Gruppe von Migrantinnen und Migranten zwei Kirchen besetzte, einen Hungerstreik startete und Aufenthaltserlaubnisse forderte. Unter anderem arbeiten diese Organisationen aktiv daran, die Öffentlichkeit auf die Lebens- und Reisebedingungen von irregulären Migrantinnen und Migranten aufmerksam zu machen (Situation in den Unterkünften, Seenotrettung, juristische Schwierigkeiten für Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis etc.). Dieser Aktivismus kristallisiert sich um die Bewegung der *Sans-Papiers* (im Deutschen: ‚Die Papierlosen‘), eine Bewegung für Migrantinnen und Migranten, die keinen Aufenthaltstitel (mehr) besitzen und aus diesem Grund über keine Arbeitserlaubnis verfügen. Zu den *Sans-Papiers* zählen sowohl abgelehnte Asylbewerberinnen und

¹⁰ Der Anstieg von Asylbewerberinnen und -bewerbern aus den kaukasischen und den Balkanstaaten wird in der französischen Öffentlichkeit aktuell stark thematisiert. Seit 2017 haben Frankreich und Albanien beispielsweise eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um die Zahl der albanischen Asylbewerberinnen und -bewerber in Frankreich zu verringern. Im Mai 2019 kündigte Innenminister Christophe Castaner an, dass er die georgische „Anomalie“ bekämpfen möchte.

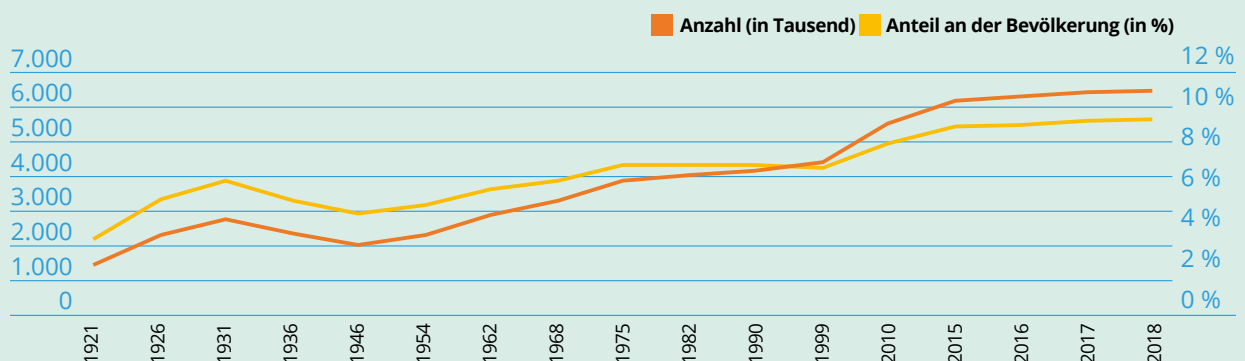
-bewerber, Eltern französischer Kinder, als auch Studierende, die nicht in ihr Herkunftsland zurückkehren möchten oder können. Die Bewegung konzentriert sich aber zumeist auf Asylantragstellende und abgelehnte Asylbewerberinnen und -bewerber (Lindenmann 2001: 85).

Zivilgesellschaftliche Akteure mobilisieren ebenfalls die mediale Aufmerksamkeit um das in Frankreich stark medienpräzente Thema des ‚Solidaritätsdelikts‘ (*délit de solidarité*). Der Ausdruck ‚Solidaritätsdelikt‘ wird von zivilgesellschaftlichen Organisationen verwendet, um die strafrechtlichen Folgen für Personen zu bezeichnen, die Hilfeleistung an irreguläre Migrantinnen und Migranten geben.¹¹ Die Beihilfe zur Einreise, Bewegung und zum Aufenthalt von irregulär eingereisten Eingewanderten wurde in Frankreich bis 2018 strafrechtlich verfolgt. In der Vergangenheit wurden verschiedene Fälle medial thematisiert, wie zum Beispiel der prominente Fall von Cédric Herrou in den Jahren 2016 und 2017. Der Landwirt aus Südfrankreich wurde mehrmals vor Gericht gestellt, da er Unterkunft und Transportmöglichkeiten an der italienischen Grenze für Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis zur Verfügung stellte. 2018 entschied das französische Verfassungsgericht, dass seine Hilfeleistung nicht rechtswidrig sei. Sein Fall sorgte für internationale Aufmerksamkeit (Al-Serori 2017).

3.3 AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Abbildung 3 stellt das Wachstum des Anteils der migrantischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung im letzten Jahrhundert dar. Während in den 1920er Jahren knapp vier Prozent der Bevölkerung immigriert war, hatten 2018 knapp zehn Prozent eine Migrationserfahrung. Heute leben 6,17 Millionen Einwandererinnen und Einwanderer in Frankreich (Insee 2018b). Aktuell kommt jede bzw. jeder sechste Eingewanderte aus einem asiatischen Land. Insbesondere die Migration aus Ländern wie China, Kambodscha, Laos und Vietnam hat in den letzten Jahren zugenommen, ebenso wie Einwanderung aus Ländern der Südsahara. Im Jahr 2018 waren 46,1 Prozent der in Frankreich lebenden Einwandererinnen und Einwanderer in Afrika geboren. 33,5 Prozent wurden in Europa geboren. Unter den Eingewanderten sind drei Herkunftsländer besonders stark vertreten: Algerien (12,8 Prozent), Marokko (12,0 Prozent) und Portugal (10,1 Prozent).

Abb. 3: Anzahl und Anteil der migrantischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, 1921-2018

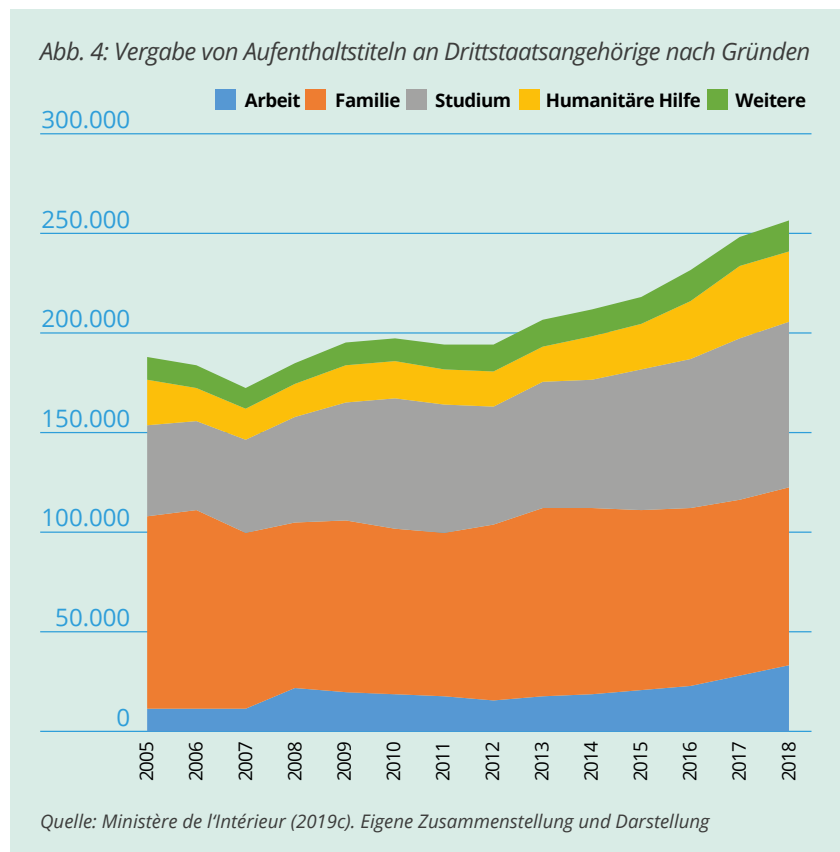


Quelle: Insee (2018b).

¹¹ Jede Person, die direkt oder indirekt die Einreise oder den Aufenthalt von irregulären Migrantinnen und Migranten in Frankreich erleichtert, kann mit einer Freiheits- und einer Geldstrafe belangt werden. Erst seit 2012 unterscheidet das Gesetz zwischen Schleppernetzwerken und zivilgesellschaftlicher Flüchtlingshilfe. Hilfeleistungen wie Rechtsberatung, Verpflegung, Unterkunft oder medizinische Versorgung, die darauf abzielen, menschenwürdige Lebensbedingungen im Ausland zu gewährleisten, werden nun nicht mehr bestraft.

Im Jahr 2005 wurden insgesamt knapp 187.000 Aufenthaltstitel an Nicht-EU-Staatsangehörige erteilt. 2018 waren es knapp 256.000 (Ministère de l'Intérieur 2019c). Die Anzahl an erteilten Aufenthaltstiteln aus familiären, beruflichen oder humanitären Motiven ist besonders stark gewachsen. Dennoch wurden, wie Abbildung 4 darstellt, bereits 2005 die meisten Aufenthaltstitel für Familienzusammenführungen und Auslandsstudium vergeben. Auch im Jahr 2015, das den Höhepunkt der sogenannten ‚Flüchtlingskrise‘ markierte, spielte Fluchtmigration im Verhältnis zu anderen Einwanderungsgründen eine geringere Rolle.

Familienzusammenführung spielt in der französischen Einwanderungspolitik eine wichtige Rolle. Nach dem Anwerbestopp 1974 wurden keine Aufenthaltstitel mehr an Einwandererinnen und Einwanderer erteilt. Familienzusammenführung wurde dennoch zunächst weiterhin zugelassen. Mehrmals versuchten die französischen Regierungen, Nachzugseinwanderung von Familien einzugrenzen. Diese Maßnahmen wurden jedoch als rechtswidrig erklärt oder sie brachten nicht die erwarteten Auswirkungen. Heute werden verschiedene Konstellationen unter der Kategorie ‚Familienzusammenführung‘ zusammengefasst. Das betrifft sowohl ausländische Arbeitnehmerinnen und -nehmer als auch Geflüchtete, die eine Aufenthaltserlaubnis für ihre Kinder und/oder Partnerin bzw. Partner in Anspruch nehmen. Die Erteilung eines Aufenthaltsstatus an ausländische Eltern französischer Minderjähriger wird auch als Familieneinwanderung betrachtet.¹² 2018 wurden knapp 35 Prozent der Gesamtaufenthaltstitel für Drittstaatsangehörige aus familiären Motiven erteilt (Ministère de l'Intérieur 2019c). Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern ist der Anteil an Migrantinnen und Migranten, die durch die Familienzusammenführung einreisen, in Frankreich am höchsten (OECD 2017a).

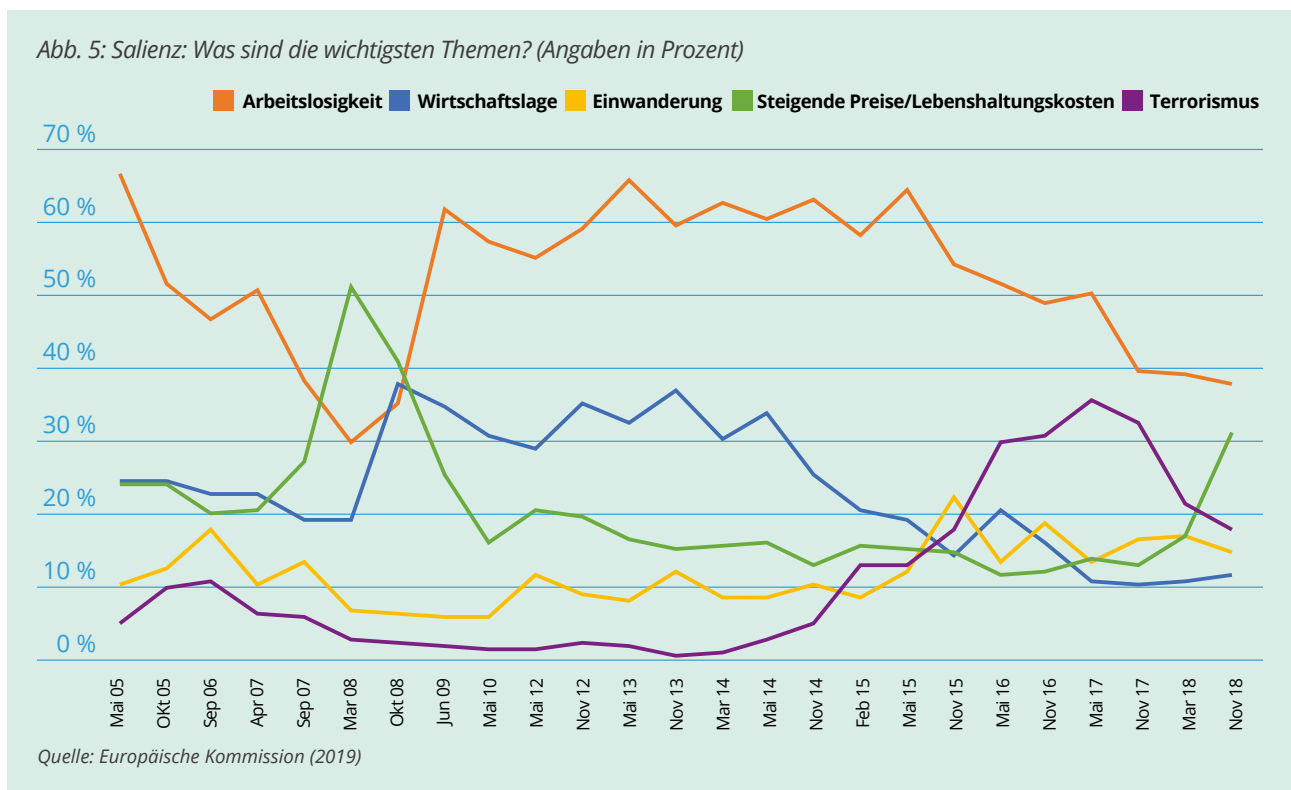


12 In Frankreich gilt das Prinzip des ius soli (Geburtsortsprinzip): Jedes Kind, das in Frankreich geboren wird, erwirbt im Alter von 18 Jahren die französische Staatsangehörigkeit, auch wenn die Eltern die französische Staatsbürgerschaft nicht besitzen.

4. POLITISCHE EINSTELLUNGEN ZU DEN THEMEN EINWANDERUNG UND INTEGRATION

4.1 SALIENZ DES THEMAS MIGRATION

Nach den Umfragen des Eurobarometers ist das Thema Einwanderung, wie in Abbildung 5 dargestellt, seit 2005 eines der fünf wichtigsten Themen, die die französische Bevölkerung bewegen. Damit ist das Thema Migration in Frankreich ähnlich bedeutsam wie in Deutschland, Italien und Österreich. Im Mai 2005 gaben knapp elf Prozent der Befragten an, dass Einwanderung ein wichtiges Thema sei. Ende 2018 waren es 15 Prozent der Befragten.



Es gibt dennoch weitere Themen, die die französische Bevölkerung laut Befragungen umtreiben. Seit 2005 bleibt die Arbeitslosigkeit das wichtigste Anliegen der französischen Befragten, auch wenn das Thema in den letzten Jahren insgesamt an Bedeutung verloren hat.¹³ Auch andere Politikfelder, wie die Wirtschaftspolitik und insbesondere Themen wie steigende Preise und Lebenshaltungskosten, sind von großer Bedeutung und haben Ende 2018 parallel zu den sogenannten Gelbwesten-Protesten deutlich an Relevanz zugenommen. Ende 2014 stieg auch die Bedeutung des Themas Terrorismus: Parallel zu den terroristischen Anschlägen, die Frankreich insbesondere im Jahr 2015 trafen, wuchs die Angst vor Terroranschlägen. Dieses Thema verliert jedoch seit 2017 an Bedeutung. Nichtsdestotrotz übersteigt die Relevanz des Themas Terrorismus seit 2015 die Relevanzzuschreibung des Themas Einwanderung.

¹³ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt das European Council on Foreign Relations mit einer europäischen Studie im Vorfeld der Europawahl 2019 (Krastev et al. 2019). Die Analyse zeigt, dass Lebenshaltungskosten (36 Prozent der Antworten) und nicht das Thema Einwanderung (21 Prozent) für französische Befragte als Problem angesehen worden. Dennoch bleibt Migration eines der wichtigsten Themen.

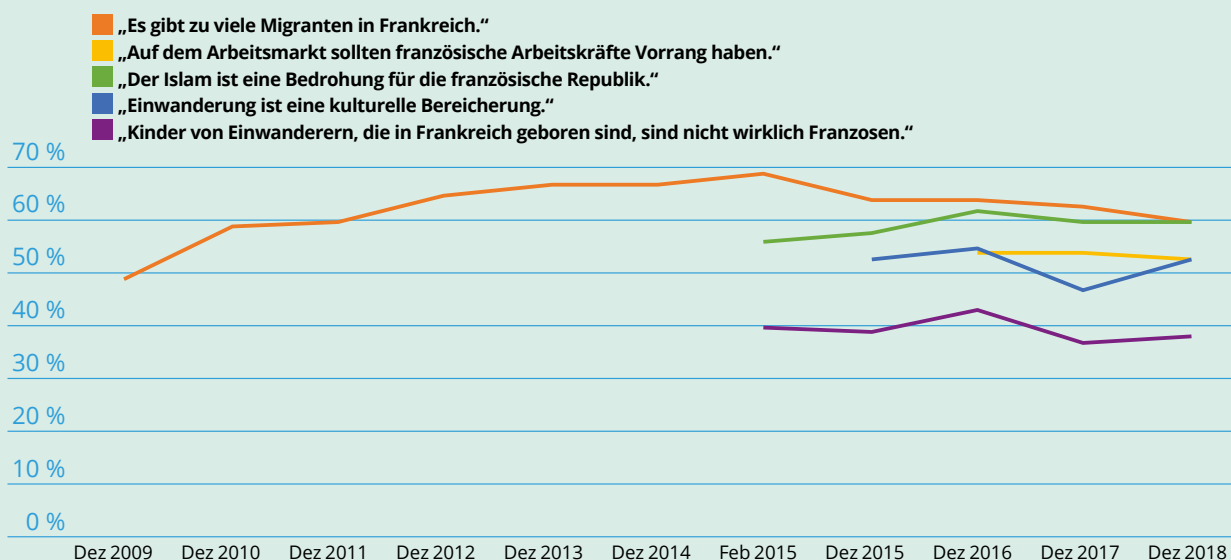
4.2 EINSTELLUNGEN ZUM THEMA MIGRATION

Generell wird Frankreich in vielen Punkten als zuwanderungskritisches Land betrachtet (Europäische Kommission 2018b: 469). Eine Umfrage des Meinungsinstituts Ifop untersuchte im November 2018, welche Gefühle, Wörter und Bilder französische Staatsangehörige mit Einwanderung in Verbindung bringen (Ifop 2018). Die Ergebnisse zeigen, dass 40 Prozent mit Einwanderung negativ besetzte Substantive wie Unsicherheit und Angst verbinden. Nur 16 Prozent der Befragten antworten mit positiv besetzten Bildern wie Solidarität oder Humanismus.

Diese eher kritische Haltung der französischen Befragten gegenüber Einwanderung spiegelt sich in weiteren Umfrageantworten wider. Die Hälfte (52 Prozent) der in der Ifop-Studie Befragten stimmt zu, dass Frankreich in der Vergangenheit zu viele Migrantinnen und Migranten aufgenommen habe (Ifop 2018, 59). Ähnlich viele Befragte stimmen ebenfalls der Aussage zu, dass zu viele Ausländerinnen und Ausländer in Frankreich leben und lehnen die Aufnahme weiterer Eingewanderte ab (Ifop 2018: 26). Zwei Drittel der Befragten nennen Werteunterschiede und Probleme des Zusammenlebens als Gründe für diese Ablehnung (Ifop 2018, 26). Eine überwiegende Mehrheit der Befragten (71 Prozent) stimmt der Aussage zu, dass Arbeitsmigration zu Lohndumping führe (Ifop 2018: 26). Die Hälfte der Befragten bejaht die Aussage, dass Frankreich keine weiteren Einwandererinnen und Einwanderer aufnehmen solle, da diese das Terrorismus-Risiko erhöhten (Ifop 2018, 26).

Weitere Umfragen zeigen die negativen einwanderungsbezogenen Einstellungen unter den französischen Befragten auf (Ipsos 2017, 2019; CEVIPOF 2019). Allerdings empfinden ebenfalls 53 Prozent der Befragten des CEVIPOF-Vertrauensbarometers im Jahr 2018, dass Einwanderung eine kulturelle Bereicherung sei (siehe Abb. 6). Eine denkbare Interpretation ist, dass die republikanischen Werte und die Selbstwahrnehmung Frankreichs als ‚Beschützerland der Menschenrechte‘ im Nationalbewusstsein stark verankert sind und sich in Umfrageantworten widerspiegeln. Eine andere Erklärung ergibt sich aus der Differenzierung nach verschiedenen Gruppen und Herkunftsländern. Laut CEVIPOF-Vertrauensbarometer nehmen 2018 60 Prozent der Befragten den Islam als Bedrohung für die Französische Republik wahr. Weiterführende Fragen ergeben sich dabei hinsichtlich dessen,

Abb. 6: Fragen in Bezug zur Einwanderung, CEVIPOF-Vertrauensbarometer, Dezember 2009-2018



Quelle: CEVIPOF (2019) Umfragewerte liegen teilweise erst ab 2015 und später vor.

ob Einwanderung in Frankreich per se abgelehnt wird oder ob diese Ablehnung vielmehr in Bezug auf Teilaspekte, die die französischen Befragten mit dem Thema in Verbindung bringen, zu differenzieren ist; etwa, ob sich die Ablehnung auf eine spezifisch antimuslimische Haltung oder auf Ängste sozialen Abstiegs zurückführen lässt.

4.3 DAS REPUBLIKANISCHE INTEGRATIONSMODELL IN UMFRAGEN

Eine Umfrage des Ipsos-Instituts von 2019 zum Thema Integration stellte 1.080 Teilnehmenden die Frage, was es für sie bedeutet, Französin bzw. Franzose zu sein (Ipsos 2019). Hier zeigt sich, dass die Befragten stark vom republikanischen Integrationsmodell geprägt sind. Das Teilen der ‚Werte‘ der französischen Gesellschaft (Demokratieverständnis, Laizismus, Geschlechtergleichheit, usw.) ist für zwei Drittel der Befragten das wichtigste Merkmal französischer Identität (Ipsos 2019, 4). Für 51 Prozent der Befragten führt die Adaption dieser Werte zu einer gelungenen Integration. Andere Aspekte der französischen Kultur bzw. Identität sind von geringerer Bedeutung: Insgesamt antworten jeweils ein Drittel der Befragten, dass die französische Staatsbürgerschaft und das Teilen eines spezifischen Lebensstils (Traditionen, Gastronomie etc.) wichtige Kriterien sind. Das Beherrschen der französischen Sprache sowie die Bedeutung der nationalen Geschichte sind für jeweils 28 Prozent und 24 Prozent der Befragten wichtig.

In einer Ifop-Umfrage wurden Teilnehmerinnen und Teilnehmer dazu aufgefordert, den Stand der Integration von Migrantinnen und Migranten zu bewerten. Eine überwiegende Mehrheit der Befragten (75 Prozent) sind der Auffassung, dass Eingewanderte heutzutage schlecht integriert seien (Ifop 2019: 50). Als Ursachen gaben 43 Prozent der Befragten an, dass Einwandererinnen und Einwanderer nicht integrationswillig seien. Bei einer ähnlichen Frage der Ipsos-Umfrage nehmen 43 Prozent der Befragten Identitätskonflikte aufgrund von Religion oder Herkunft als größte gesellschaftliche Konfliktlinie in Frankreich wahr (Ipsos 2019).

5. „MENSCHLICHKEIT“ UND „HÄRTE“: DIE EINWANDERUNGSPOLITIK VON GISCARD D’ESTAING BIS MACRON

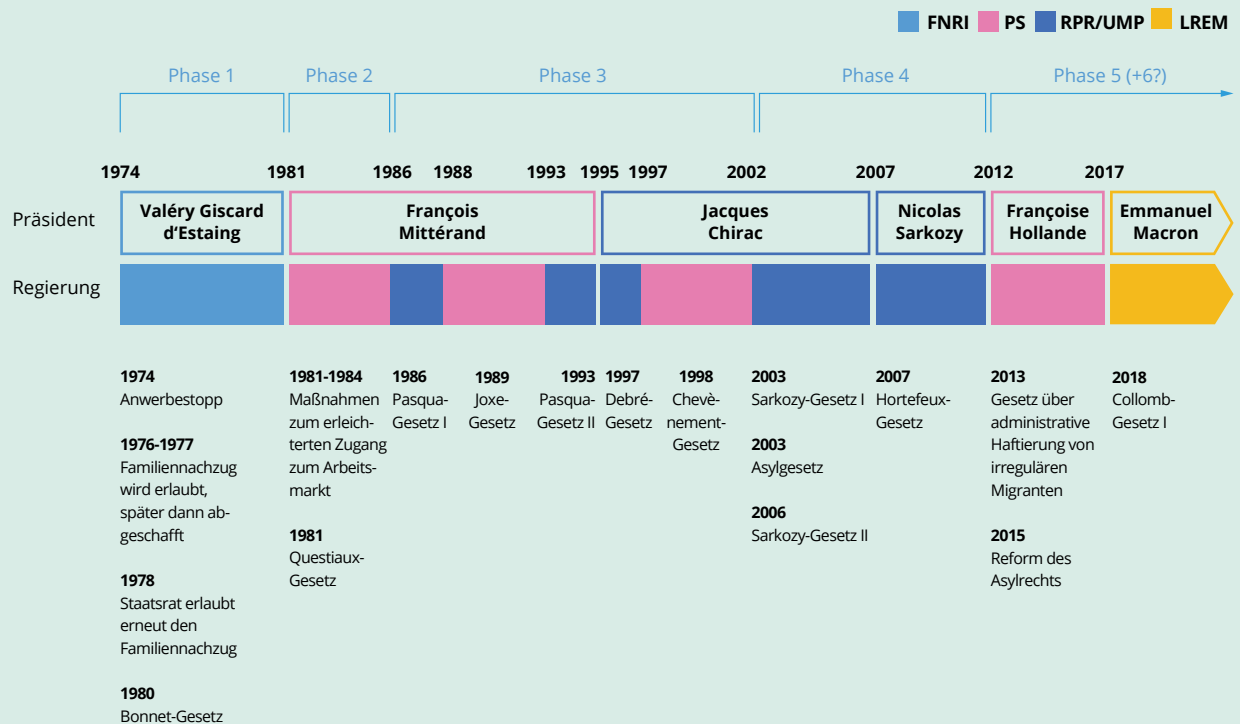
5.1 VALÉRY GISCARD D’ESTAING: ANWERBESTOPP 1974

Seit den 1970er Jahren ist das Thema Einwanderung auf der politischen Agenda der verschiedenen französischen Regierungen. Dabei hat sich ein bestimmter Diskurs etabliert: Einerseits werden restriktive Maßnahmen gegenüber bestimmten Migrantengruppen eingeführt (*fermeté*), aber gleichzeitig mit einer ‚liberaleren‘ Politik gegenüber anderen, wie zum Beispiel Schutzsuchenden (*humanité*), ‚kompensiert‘. Allgemein ist jedoch ein eher restriktiver Kurs der französischen Regierungen zu beobachten.

Der Anwerbestopp 1974 markierte einen Wendepunkt in der französischen Einwanderungspolitik. Im Zuge der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre und des hohen Anstiegs der Arbeitslosigkeit beendete Frankreich 1974 alle Anwerbeprogramme für ausländische Arbeitskräfte, auch aus Algerien. Die Regierung in der Amtszeit von Präsident Giscard D’Estaing verfolgte nach der Öl-Krise nicht nur eine ‚Null-Einwanderungspolitik‘, sondern arbeitete ebenfalls daran, den Anteil an ausländischen Arbeitskräften an der Gesamtbevölkerung zu reduzieren (Gastaut 2004). Ab Juli 1974 erteilte die französische Verwaltung keine Arbeitsaufenthaltstitel an Ausländerinnen und Ausländer mehr. Der Familiennachzug für ausländische Arbeitskräfte wurde ebenfalls unterbunden. 1977 wurde eine Rückführungsprämie für ‚Gastarbeiter‘ eingeführt (Gastaut 2004, 109). Im Jahr darauf erklärte der Staatsrat jedoch das Dekret von 1974 für nichtig.

Während Valéry Giscard d'Estaings Amtszeit veränderte sich der Diskurs um Einwanderung. Die Regierung begründete ihre restriktiven Maßnahmen damit, dass diese dem Schutz des Arbeitsmarktes dienen. Sowohl im Regierungsdiskurs als auch in der Öffentlichkeit wurden ausländische Arbeitskräfte als Konkurrenz für französische Arbeitssuchende dargestellt (Gastaut 2004, 111).

Abb. 7: Chronologischer Überblick der wichtigen Gesetzesänderungen im Bereich Einwanderungspolitik nach dem Anwerbestopp 1974, nach Präsidenten und Regierungen



Daten: DEMIG-Datenbank von 1974-2013 (DEMIG 2014). Ab 2014: eigene Datenerhebung. Eigene Darstellung

5.2 DIE WAHL VON FRANÇOIS MITTERRAND 1981

Die Wahl von François Mitterrand zum Präsidenten im Jahr 1981 markierte erneut eine Wende und den Beginn einer neuen, liberaleren (aber relativ kurzen) Ära in der französischen Einwanderungspolitik. Der Anfang der 1980er Jahre ist durch ein starkes zivilgesellschaftliches Engagement der ersten und zweiten Generation von Einwanderinnen und Einwanderern gekennzeichnet. Symbolische Aktionen wie der ‚Marsch für Gleichberechtigung und gegen Rassismus‘ 1983 (*Marche pour l'égalité et contre le racisme*, oder auch *Marche des beurs*¹⁴ genannt) fanden statt. Bedeutende zivilgesellschaftliche Organisationen wie *SOS Racisme* entstanden zu dieser Zeit. Die Politik der neugewählten sozialistischen Regierung stand im Gegensatz zu den Versuchen der vorherigen Regierung, ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter auszuweisen. Bereits in seinem Wahlprogramm versprach François Mitterrand Einwanderinnen und Einwanderern zahlreiche „neue Rechte“ wie zum Beispiel das Kommunalwahlrecht für ausländische Bürgerinnen und Bürger (Mitterrand 1981).

¹⁴ ‚Beurs‘ ist eine umgangssprachliche und negativ konnotierte Bezeichnung für die in Frankreich geborenen Kinder maghrebinischer Einwandererinnen und Einwanderer.

Mitte der 1980er Jahre wechselte François Mitterrand seinen Kurs. Zwar wurden mehrere ‚Regularisierungen‘¹⁵ (*régularisations*) durchgeführt, dennoch wurde die französische Einwanderungspolitik restriktiver, zum Beispiel im Bereich des Staatsangehörigkeitsrechts, des Aufenthaltsrechts und der Familienzusammenführung. Die Gründe dafür sind vielfältig: Erstens wurde Arbeitslosigkeit zu einem strukturellen Problem, die Zahl der Arbeitslosen stieg weiterhin. Dies übte Druck auf Mitterrands Wirtschaftspolitik aus. Zweitens erzielte der Front National mit migrationsfeindlichen Forderungen die ersten Wahlerfolge (siehe Infobox). Die Parlamentswahl 1986 gewann die Oppositionspartei RPR zusammen mit der UDF, der Partei des damaligen Präsidenten Valéry Giscard d’Estaing. Ab 1986 begannen die Phasen der ‚cohabitation‘, bei denen der Staatspräsident und die stärkste Fraktion im Parlament sowie der Premierminister unterschiedlichen politischen Lagern angehörten, zwischen dem RPR und dem Parti Socialiste. Es folgten noch zwei unter den Präsidenten François Mitterrand (1993-1995) und später Jacques Chirac (1997-2002). Der restriktive Kurs in der Migrationspolitik wurde fortgesetzt.

Wichtige Meilensteine sind die Pasqua-Gesetze von 1986 und 1993, die die Bedingungen zur Erteilung von Aufenthaltstiteln erschwerten. In den 1990er Jahren etablierte sich in den Regierungsparteien ein migrationskritischer Diskurs, sowohl im linken als auch im rechten Spektrum (Cornuau/Dunezat 2008). Zu dieser Zeit entstand der bekannte Satz des Premierministers Michel Rocard (Parti Socialiste): „Frankreich kann nicht das ganze Elend der Welt aufnehmen.“¹⁶ Die ‚Null-Einwanderungspolitik‘ in den 1990er Jahren führte dazu, dass Frankreich, einst das größte Einwanderungsland Europas, nunmehr im Vergleich zu den anderen europäischen Ländern eine der niedrigsten Einwanderungsraten hatte (Noiriel 2010: 33).

INFOBOX – Der Front National und die Besetzung der Einwanderungsthematik

Die migrationspolitischen Entscheidungen der französischen Regierungen in den letzten Jahrzehnten lassen sich ohne eine Analyse der Erfolge des Front National, der 2018 in Rassemblement National umbenannt wurde, und seines Einflusses auf die politische Debatte in Frankreich nicht erklären. Der Front National wurde 1972 von Jean-Marie Le Pen mitbegründet (Mayer 2007: 435). Seit seinem Einzug ins Europäische Parlament 1984 hat sich der Front National im französischen Parteiensystem etabliert. 2002 und 2017 gelang es der Partei, sich für den zweiten Wahlgang bei einer Präsidentschaftswahl zu qualifizieren. Bei der Europawahl 2014 und 2019 wurde sie zur stärksten Kraft in Frankreich. Die Partei gehört zu den erfolgreichsten rechtspopulistischen Parteien Europas.

Die Partei verfolgt einen starken Antimigrationskurs. Sie stellt bereits in den 1980er Jahren Einwanderung als eine Bedrohung für französische Staatsangehörige dar und verknüpft sie mit anderen Themen wie Sicherheit und Arbeitslosigkeit. Kernpunkt der Programmatik ist die *préférence nationale*, der nationale Vorrang. Bereits in den späten 1970er Jahren machte die Partei Wahlkampf mit dem Werbeslogan ‚Franzosen zuerst‘ (*Les Français d’abord*), der mittlerweile zu ihrem Markenzeichen geworden ist und weitgehend unverändert blieb (Backes 2019: 300). Nach diesem Prinzip soll französischen Staatsangehörigen Vorrang bei Wohnungen, Sozial-

15 Mit Regularisierung ist die Möglichkeit zur nachträglichen Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für irregulär Zugewanderte gemeint.

16 Auf Französisch: « La France ne peut pas accueillir toute la misère du monde. »

hilfe oder auch Arbeitsplätzen gegenüber Ausländerinnen und Ausländern gewährt werden (Mayer 2018).

Der Parteigründer und -vorsitzende Jean-Marie Le Pen rückte im Laufe der Jahre unter anderem aufgrund seiner rassistischen und antisemitischen Äußerungen immer wieder in den Fokus.¹⁷ 2011 fand ein Wechsel in der Parteiführung statt. Die Umbenennung der Partei 2018 zum ‚Rassemblement National‘ wird als Versuch wahrgenommen, eine endgültige (aber nur äußerliche) Trennlinie zum „Stigma“ der Vergangenheit zu ziehen. Im Gegensatz zu ihrem Vater verfolgt Marine Le Pen seit dem Führungswechsel 2011 offiziell keine Null-Einwanderungspolitik. Der Fokus liegt nun auf dem Wanderungssaldo, also dem Unterschied zwischen Ein- und Auswanderung (Perrineau 2016: 116). Ziel der Partei ist es, diese Zahlen drastisch zu reduzieren, um einen jährlichen positiven Saldo von 10.000 ‚legalen‘ Einwandernden zu erlangen.

Marine Le Pen distanzierte sich zwar von den antisemitischen Aussagen ihres Vaters, dafür wurden Muslime zur bevorzugten Zielscheibe der Partei. In den letzten Jahren führen Marine Le Pen und die Partei einen Kampf gegen die ‚migrantische Überflutung‘ (*submersion migratoire*) durch irreguläre Einwanderinnen und Einwanderer und die ‚migrationistische Logik‘ (*logique immigrationiste*) der EU-Kommission und der wechselnden französischen Regierungen. Gleichzeitig stellt sie sich auch gegen eine „Islamisierung“ Frankreichs, die die nationale Identität und das Prinzip der Laizismus bedrohe. Unter Marine Le Pen rückt der „radikale Islamismus“ in den Vordergrund (Backes 2019: 303). Aufgrund mancher diskriminierender Aussagen über die muslimische Bevölkerung wurde sie ebenfalls vor Gericht angeklagt.¹⁸

Seit Jacques Chiracs Appell im Jahr 2002, eine ‚republikanische Front‘ gegen den Front National zu errichten, weigern sich französische Parteien, mit dem Front bzw. Rassemblement National zusammenzuarbeiten (Mayer 2007: 524). Diese Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit wird in Frankreich ‚*cordon sanitaire*‘ genannt. Einen Regelbruch gab es zum ersten Mal bei der Präsidentschaftswahl 2017, als die national-populistische Kleinpartei Debout la France Marine Le Pen ihre Unterstützung für den zweiten Wahlgang zusicherte. Nicolas Sarkozy ist ebenfalls einer der ersten Politiker, der sich einer ‚republikanischen Front‘ verweigerte. Er befürwortete eine ‚Weder-Noch‘ Strategie: Die UMP bzw. Les Républicains gibt den Wählerinnen und Wählern keine Wahlempfehlung für eine andere Partei, die im zweiten Wahlgang gegen den Rassemblement National steht. Sie appelliert an die Wählerschaft, einen „doppelten Widerstand“ zum Ausdruck zu bringen, indem sie eine „vote blanc“ abgeben¹⁹ oder sich enthalten. Diese Strategie ist innerhalb der Partei bis heute umstritten.

17 1996 sprach Jean-Marie Le Pen von „Rassenungleichheiten“, die „offensichtlich“ seien. So behauptete er, es gäbe eine Überlegenheit bestimmter (angedeutet „weißer“) „Rassen“ über andere. Diese Aussage wiederholte er mehrmals (Bienvenu 2015).

18 2011 verglich Marine Le Pen zum Beispiel das muslimische Gebet auf öffentlicher Straße mit der NS-Besatzung im Zweiten Weltkrieg (Dézé 2015: 49). Für diese Aussage wurde sie von zivilgesellschaftlichen Organisationen verklagt, jedoch nicht verurteilt.

19 Konkret wird dafür der Wahlumschlag ohne Stimmzettel abgeben. Es ist also keine Enthaltung. Da aber Wahlumschläge ohne Stimmzettel als ungültige Stimme betrachtet und nicht abgerechnet werden, hat dies eine reine symbolische Bedeutung.

5.3 DIE POLITIK VON NICOLAS SARKOZY

2002 wurde Nicolas Sarkozy Innenminister der Regierung von Jacques Chirac. Sarkozy hat die französische Migrationspolitik bis heute entscheidend geprägt. In seiner Funktion als Innen- (2002-2004; 2005-2007) und Wirtschaftsminister (2004) und später als Präsident (2007-2012) hatte er mit dem Erlass zahlreicher Gesetze einen unmittelbaren Einfluss auf die französische Migrationspolitik der letzten Jahrzehnte.

Unter Nicolas Sarkozy wurde der Kampf gegen ‚illegale Einwanderung‘ verstärkt und eine Verknüpfung zwischen Einwanderung und innerer Sicherheit hergestellt. Sarkozys Positionen im Bereich der Einwanderungspolitik kennzeichnete das Zusammenspiel von ‚Härte‘ (*fermeté*) und ‚Großzügigkeit‘ (*générosité*). Seine erste restriktive Maßnahme (das Sarkozy-Gesetz von 2003) begleiteten zahlreiche ‚inklusionsorientierte‘ Vorschläge, die bis dahin ausschließlich von Parteien des linken Spektrums vorgebracht worden waren²⁰ (Simon 2007). Sarkozys Position verschob sich im Vorfeld der Präsidentschaftswahl 2007 (Héran 2018: 76). Aus dieser Zeit stammen seine kontroversen Aussagen über die Notwendigkeit, Pariser Vororte mit einem „Kärcher“ zu reinigen (Juni 2005), oder seine Bezeichnung der Unruhestifter des Banlieues-Tumults (Oktober 2005) als „Abschaum“ (*racaille*). Nicolas Sarkozy prägte zudem den französischen Diskurs um Einwanderung mit seiner Unterscheidung zwischen selektiver, ‚gewünschter‘ Einwanderung (*immigration choisie*) und ‚erfahrener‘, unerwünschter Einwanderung (*immigration subie*), die er 2007 in einem zweiten strittigen Einwanderungsgesetz²¹ formulierte. Unter ‚erfahrener‘ Einwanderung zählen Familiennachzug und humanitäre Hilfe. Unter ‚erwünschter Migration‘ versteht das Gesetz eine Arbeitsmigration, die sich an die Bedürfnisse des französischen Arbeitsmarkts anpasst (Viprey 2010).

INFOBOX – Der „Dschungel“ von Sangatte und Calais

Als Symbol der französischen Einwanderungspolitik galten die Lager von Sangatte beziehungsweise Calais an der französischen Ärmelkanalküste. Das Zentrum in Sangatte war 1999 zum Sammelpunkt mehrerer Tausend Einwanderinnen und Einwanderer ohne Aufenthaltserlaubnis geworden, die über die von Lastkraftwagen benutzte Route versucht hatten, das Vereinigte Königreich zu erreichen. Im November 2002 kündigte Nicolas Sarkozy die endgültige Schließung des Zentrums an. Nach dessen Schließung versammelten sich Migrantinnen und Migranten einige Kilometer nordöstlich in der Kommune von Calais, wo eine weitere illegale Unterkunft entstand. Im Laufe der Jahre zog diese Unterkunft große mediale Aufmerksamkeit auf sich. Ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerieten die menschenunwürdigen Lebensbedingungen, die vor Ort herrschten (AFP 2017). So entstand der Beiname „der Dschungel“, um die Lebenssituation der Einwanderinnen und Einwanderer zu beschreiben. Erst im Oktober 2016, unter François Hollande, wurde das Flüchtlingslager komplett geräumt und offiziell geschlossen.

²⁰ Zu dieser Zeit war Sarkozy ein Befürworter des multikulturalistischen Ansatzes und stimmte auch für die Einführung des Ausländerwahlrechts bei Kommunalwahlen, was bis dahin eine linke Forderung war.

²¹ Nach diesem Gesetz wurde der Verfassungsrat von einigen Mitgliedern des Senats und von einigen Abgeordneten angerufen, um die Verfassungskonformität zu prüfen.

Sarkozys Amtszeit verschärfte den Diskurs um Migration, gab ihm eine identitätspolitische Prägung, die sich bis heute durchzieht. Kennzeichnend für diese Phase ist die Schaffung eines Einwanderungsministeriums, das von 2007 bis 2010 von den Innenministern Brice Hortefeux und Eric Besson geführt wurde. Nicolas Sarkozy verschwieg nie sein Ziel, die nach rechts gerückte Wählerschaft durch Themen wie Sicherheit und Einwanderung zurückzugewinnen zu wollen (Marthaler 2008). Dieser Wettbewerb um die Besetzung der Migrationsthematik zwischen dem Rassemblement National und Sarkozys Partei, die derzeit unter dem Namen Les Républicains auftritt, hält bis heute an.

INFOBOX - Das Einwanderungsministerium und die Kopftuch- und Identitätsdebatte

Nach seiner erfolgreichen Wahl bei der Präsidentschaftswahl 2007 löste der gewählte Präsident Nicolas Sarkozy sein Wahlversprechen ein und schuf das Ministerium für Einwanderung, Integration, nationale Identität und Entwicklung. Die Brücke zwischen ‚Einwanderung‘ und ‚nationaler Identität‘, die nun mit dem Ministeriumsnamen geschlagen wurde, löste eine Welle von Protesten aus (Gastaut 2012: 334). Im Laufe der Legislaturperiode intensivierte sich die Debatte um die nationale Identität und die Rolle des Islams in der französischen Gesellschaft. So deklarierte Sarkozy im Juni 2009 auf einem Kongress, dass das Tragen der Burka nicht mit dem republikanischen Konzept der Frauenwürde vereinbar sei (Gastaut 2012: 340). Diese Aussage löste eine neue Debatte über das Tragen religiöser Zeichen und über die Vereinbarkeit des Islams mit dem Laizismus aus. Sarkozy wurde vorgeworfen, mit seiner Aussage über die Burka den Islam zu stigmatisieren, da nur wenige Frauen in Frankreich eine Burka tragen.

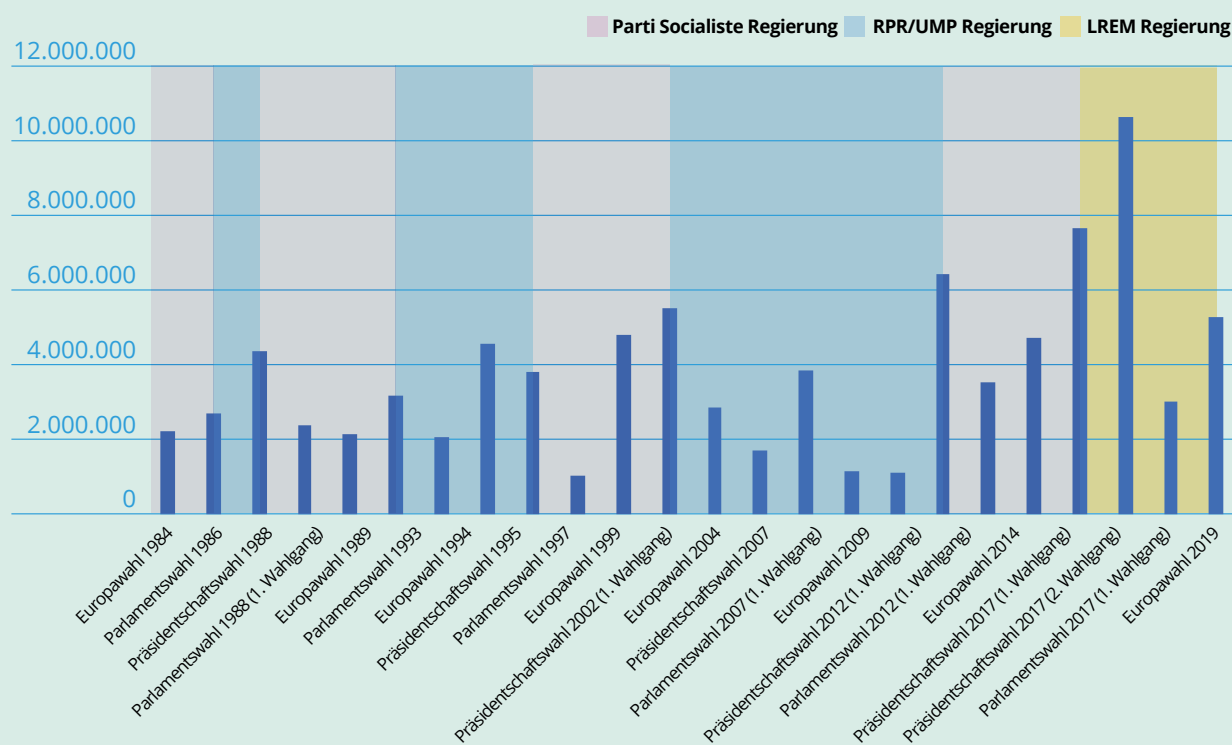
Im Oktober 2009 kündigte der neu berufene Einwanderungsminister Éric Besson eine nationale Debatte über die französische Identität an. Von November 2009 bis Februar 2010 wurden Gesprächsgruppen auf einer Webseite sowie auf lokaler Ebene organisiert, die sich mit der Frage „Was bedeutet es, Französin bzw. Franzose zu sein?“ auseinandersetzten. Auch diese Debatte stieß auf viel Kritik: Zunächst wurde die geringe Partizipation insbesondere der jüngeren Bevölkerungsgruppen festgestellt (Gastaut 2012: 339). Die rassistischen Töne, die zum Teil in der Diskussion angeschlagen wurden, befeuerten die Kritiken, dass die Debatte irreführend und polarisierend geleitet werde. Einige Monate später beendete Premierminister François Fillon die Debatte. Im Oktober 2010 wurde das sogenannte ‚Burka-Verbot‘ im Rahmen eines Vollverschleierungsgesetzes erlassen. Das Einwanderungsministerium wurde Ende 2010 im Zuge des Regierungswechsels wieder abgeschafft.

5.4 DER UMGANG MIT NICOLAS SARKOZYS ‚ERBE‘

Nach der Präsidentschaftswahl 2012 blieb offen, wie die nachfolgende Regierung mit Nicolas Sarkozys ‚Erbe‘ und den neuen Herausforderungen hinsichtlich der globalen Migrationsdynamiken umgehen werde.

François Hollandes Amtszeit wurde von mehreren Krisen geprägt: Zum einen durch die Wirtschaftskrise, die sich in der Legislaturperiode 2012-2017 auf die Beschäftigungsquote auswirkte, zum anderen durch Instabilitäten im Mittleren und Nahen Osten, die einen Anstieg der Fluchtmigration aus diesen Gebieten zur Folge hatte. Zudem erschütterten 2015 und 2016 mehrere terroristische Anschläge Frankreich. Nach der Präsident-

Abb. 8: Stimmenanzahl des Front/Rassemblement National seit 1984 bei verschiedenen Wahlen



Quelle: Ministère de l'Intérieur (2019b) Eigene Zusammenstellung und Darstellung.

schaftswahl 2012 stiegen die Ergebnisse des Front National wieder an, obwohl er in den Jahren davor relativ geringe Werte verzeichnet hatte (siehe Abb. 8).

Der Sommer 2015 wurde in Europa insbesondere durch den starken Anstieg der Fluchtmigration geprägt. Der erste europäische Verteilungsplan von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker stieß zunächst auf Widerstand seitens der französischen Regierung. Nach mehreren Verhandlungen erklärte sich die französische Regierung bereit, 24.000 Asylsuchende innerhalb der nächsten zwei Jahre aufzunehmen (Héran 2018: 14).²² 2015 fanden in Frankreich islamistisch motivierte Terroranschläge statt: im Januar auf die Redaktion der Satirezeitschrift Charlie Hebdo und im November u.a. auf das Bataclan-Theater. Dies verschärfte die ohnehin polarisiert geführte Debatte noch weiter (siehe Infobox).

Außer der Schließung des ‚Dschungels‘ von Calais²³ unter Premierminister Manuel Valls und Innenminister Bernard Cazeneuve nahm Francois Hollande keine umfangreichen Veränderungen im Bereich der Einwanderungspolitik vor. Die drei wichtigen Einwanderungsgesetze, die in der Ära Sarkozy erlassen wurden (2006, 2008 und 2011), blieben unverändert (Héran 2018: 91).

²² Trotz dieser geringen Anzahl aufgenommener Geflüchteter wurde die Situation auf der sogenannten Balkanroute in französischen Medien stark debattiert. Eine Medienanalyse der französischen Tageszeitungen Le Monde und Le Figaro zeigt, dass die französische Presse während der ‚Flüchtlingskrise‘ deutlich häufiger die ‚Abwehrmaßnahmen‘ (Grenzsicherungen, strengere Registrierungsverfahren, verstärkte Militär- und Polizeipräsenz etc.) als die Aufnahmebedingungen thematisierte (Georgiou/Zaborowski 2017). Die Perspektive der Geflüchteten (20 Prozent der Artikel) wurde gegenüber der französischen Bevölkerung (etwa 65 Prozent der Artikel) kaum dargestellt. Im Vergleich zu anderen Ländern (Deutschland, Tschechische Republik, Griechenland) war diese Diskrepanz am größten.

²³ Für eine Erklärung siehe Infobox, Seite 23.

INFOBOX – Die Debatte um die Entziehung der Staatsbürgerschaft

Nach den terroristischen Anschlägen 2015 prägten insbesondere zwei Aspekte den konfliktreich ausgetragenen Diskurs: Die islamistischen Terroristen kamen aus sogenannten Einwandererfamilien und besaßen teilweise die doppelte Staatsbürgerschaft. Einige waren als Asylbewerber über die ‚Balkan-Route‘ eingereist. Der Front National sah sich in seinem antimuslimischen und einwanderungsfeindlichen Kurs bestätigt und rechtfertigte dies nun mit dem Kampf gegen den radikalen Islamismus. Schließlich schlug die Parti Socialiste in der Diskussion um Migrations- und Integrationsthemen ebenfalls einen schärferen Ton an.

Drei Tage nach den terroristischen Anschlägen u. a. im Bataclan-Theater, kündigte François Hollande seine Absicht an, die Entziehung der Staatsbürgerschaft für Terroristinnen und Terroristen mit doppelter Staatsangehörigkeit in der Verfassung zu verankern. Diese Maßnahme wurde Anfang 2016 im Parlament diskutiert. Hollandes Vorschlag stieß auf viel Kritik, insbesondere aus dem linken Spektrum und in seiner eigenen Partei (Equy 2015). Unter anderem warfen Parteimitglieder dem Präsidenten vor, einen Kernpunkt des Wahlprogramms des Front National aufzunehmen. Schließlich gab Hollande seinen Vorschlag auf. In einer Rede im Dezember 2016 zum Fazit seiner Präsidentschaft räumte der Präsident Fehler bei der Debatte um die Entziehung der Staatsbürgerschaft ein. Dies sei seine ‚einzige Reue‘ während seiner gesamten Präsidentschaft (Franceinfo 2016).

5.5 DIE AMTSZEIT VON EMMANUEL MACRON

Nach der Hälfte der Legislaturperiode Emmanuel Macrons bleibt immer noch die Frage offen, inwieweit sich seine Einwanderungspolitik von der seiner Vorgänger unterscheidet. Unmittelbar nach der Wahl kündigte die Macron-Regierung ein neues Asyl- und Einwanderungsgesetz an. Dessen Entwurf stieß auf den Widerstand zivilgesellschaftlicher Organisationen. Sie warfen der Regierung vor, Sarkozys Politik wiederaufzunehmen und die Rechte von Einwanderinnen und Einwanderern drastisch einzuschränken. Sie kritisierten, dass die Beschleunigung der Verfahren, die Verkürzung der Beschwerdefristen, aber vor allem die Erhöhung der Abschiebungen zu mehr ‚Härte‘ führe und sich von der ‚humanistischen‘ Aufnahmetradition Frankreichs abwende (Cimade 2018, Médecins Sans Frontières 2018). Die Assemblée Nationale debattierte den Gesetzentwurf in den folgenden Monaten kontrovers und kritisierte ebenfalls dessen Unausgewogenheit zwischen ‚Härte‘ und ‚Humanismus‘ (Albanel 2018). Trotz dieser fortgesetzten Kritik an den Restriktionen wurde das neue Einwanderungs- und Asylgesetz, das indes auch einige Liberalisierungen²⁴ beinhaltete, im Sommer 2018 erlassen.

Ende November 2018 entstand die sogenannte Gelbwesten-Bewegung (siehe Infobox). Auch wenn Einwanderung nicht im Vordergrund der Forderungen der Protestierenden stand, tauchte das Thema im Laufe der Proteste immer wieder auf. Am 10. und 11. Dezember 2018 wurde der

²⁴ So etwa erleichterte Bedingungen für Aufenthaltsgenehmigungen für hochqualifizierte Migrantinnen und Migranten und eine Abschwächung des ‚Solidaritätsdelikts‘.

Globale Migrationspakt²⁵ unterzeichnet. Kurz vor der Unterzeichnung, mitten im Protest der Gelbwesten, organisierte Marine Le Pen am 3. Dezember eine Pressekonferenz, um auf die „Gefahren“ des Migrationspakts aufmerksam zu machen: „Mit diesem neuen stillen Verrat an der Nation machen unsere Staatschefs einen neuen Schritt in den organisierten Niedergang unseres Landes“, sagte Marine le Pen (Valeurs Actuelles 2018). Nach ihren Worten würde dieser „Verrat“ direkt die Gelbwesten betreffen. Sie erklärte, dass die Gelbwesten „[...] sich bewusst seien, dass [Frankreich] keine Hunderttausende zusätzlicher Menschen aufnehmen“ könne und dass dies „einen Einfluss auf das Gleichgewicht der [französischen] Sozialhaushalte und Territorien“ habe (Valeurs Actuelles 2018). Mit ihrer Pressekonferenz schaffte es Marine Le Pen, die mediale Aufmerksamkeit auf den Globalen Migrationspakt zu lenken. Auch Les Républicains zogen mit ihrer Kritik gleich (Les Républicains 2018). Einige Akteurinnen und Akteure der Gelbwesten-Bewegung meldeten sich zu Wort und beklagten, dass die französische Regierung das Land „verkaufe“ (AFP 2018). Auf verschiedenen Online-Foren der Gelbwesten tauchten Meldungen gegen den Pakt auf (Sideris 2018). Der Pakt wurde als „anti-demokratisch“ beschrieben, da er, so die Kritikerinnen und Kritiker, ohne die Zustimmung der Bevölkerung unterschrieben wurde.

INFOBOX – Die Gelbwesten-Bewegung

Die Bewegung der Gelbwesten startete in Frankreich im Herbst 2018 als Reaktion gegen die Erhöhung der Verbrauchssteuer für Energieerzeugnisse (Algan et al. 2019). Durch verkehrsbehindernde Demonstrationen und Straßensperren erhielt sie schnell viel Aufmerksamkeit. Die Teilnehmenden gaben sich durch das Tragen von gelben Warnwesten zu erkennen, die nach französischem Recht jede Fahrerin und jeder Fahrer im Auto aufbewahren muss. Ab November 2018 fanden jeden Samstag zusätzlich Demonstrationen in den französischen Großstädten statt. Bei den meist nicht angemeldeten Kundgebungen wurden bisher mehrere Tausend Menschen verletzt, sowohl von Demonstrantinnen und Demonstranten als auch durch Angehörige der Polizei. Angesichts des Ausmaßes dieser Bewegung beschloss die Regierung, die Verbrauchssteuer nicht zu erhöhen. Als Antwort initiierte Emmanuel Macron in einer Fernsehrede im Dezember 2018 eine Nationale Debatte (Grand débat national) und kündigte im April 2019 zahlreiche Maßnahmen wie eine Einkommenssteuersenkung an.

Die Bewegung organisiert sich außerhalb von politischen Parteien und Gewerkschaften. Sie ist weder strukturiert noch zentralisiert. Im Laufe der Proteste wurden ihre Forderungen auf weitere soziale und politische Bereiche ausgedehnt, wie zum Beispiel auf die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die im Januar 2018 im Rahmen eines Wahlkampfversprechens Macrons abgeschafft worden war. Ebenfalls forderten die Demonstrierenden den Rücktritt des Präsidenten Emmanuel Macron.

Die Bewegung ist sehr heterogen zusammengesetzt, weshalb es schwierig ist, den Gelbwesten pauschal eine migrationsablehnende

²⁵ Der UNO-Migrationspakt (offiziell: Globaler Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration) ist eine internationale Vereinbarung zum Thema Migration. Darin verpflichten sich Staaten unter anderem, gemeinsam darauf hinzuwirken, dass die Menschenrechte von Migrantinnen und Migranten in Herkunfts- und Ankunftsändern gewahrt werden. Die Vereinbarung wurde am 19. Dezember 2018 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen formell angenommen. Sie ist zwar als Rechtsakt nicht rechtsverbindlich, dennoch kündigten mehrere Staaten (unter anderen die USA unter Donald Trump) an, den Pakt nicht zu unterstützen.

Position zu attestieren. Nichtsdestotrotz entstanden im Laufe der Proteste verschiedene Kontroversen um die Themen Migration und Integration. Zum Teil führten ausländerfeindliche und antimuslimische Tendenzen dazu, dass der Bewegung einwanderungskritische Positionen zugeschrieben wurden (Geisser 2019), was nicht zuletzt daran lag, dass die Gelbwesten eine breite Unterstützung aus dem rechtsextremen Lager erhielten (Algan et. al 2019).²⁶

Im Dezember 2018 kündigte Emmanuel Macron die ‚Nationale Debatte‘ (*Grand débat national*) an. Macron erklärte, dass Französisinnen und Franzosen „sich mit der Nation darüber einigen [sollen], was ihre tiefe Identität ist“, und fügte hinzu: „Wir müssen uns mit der Frage der Einwanderung befassen.“ (Dusseaulx 2018). Ihm wurde vorgeworfen, das Thema Einwanderung zu instrumentalisieren (SOS Racisme 2018; Bretton 2018). Im April 2019 wurden die Ergebnisse der Nationalen Debatte in der Öffentlichkeit vorgestellt. Beobachterinnen und Beobachter waren sich jedoch einig: Sowohl in den lokalen Debatten als auch in den Online-Beiträgen spielte Einwanderung eine marginale Rolle.²⁷ Ende April 2019 befand Macron, Schengen müsse neu gedacht und im Parlament solle eine jährliche Debatte über Migration geführt werden. Er fügte hinzu: „Um offen zu sein, muss man Grenzen haben. Um Menschen zu empfangen, muss man ein Haus haben. Also brauchen wir Grenzen. Sie müssen respektiert werden. Also brauchen wir Regeln. Und heute muss man feststellen: Die Dinge laufen nicht, wie sie sein sollten.“ (Élysée 2019).

Im Oktober 2019 wurde dann eine parlamentarische Debatte um Einwanderung eröffnet. Vor der Nationalversammlung sagte Premierminister Edouard Philippe, dass die Migrationspolitik in der Vergangenheit nicht ihre Ziele erreicht habe (Meier 2019). Zwar stellte er klar, dass das Asylrecht weiterhin bestehen bleibe. Auch auf die Forderung des Rassemblement National, die kostenlose staatliche Gesundheitsversorgung für illegale Migranten abzuschaffen, würde die französische Regierung nicht eingehen. Frankreich dürfe aber angesichts seiner sozialen Leistungen für Asylbewerberinnen und -bewerber „nicht attraktiver“ als andere EU-Staaten sein. Die Führung einer öffentlichen Debatte über Einwanderung wird auch in der eigenen Fraktion der République En Marche als Versuch gesehen, bei der Kommunalwahl 2020 die Einwanderungsthematik zu besetzen, um einen Erfolg des Rassemblement National zu verhindern (Meier 2019).

26 Aus der 10. Ausgabe des CEVIPOF-Vertrauensbarometers stellten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eine starke Unterstützung von Personen aus der sogenannten Arbeiter- und Mittelschicht fest, die eine kritische Position gegenüber dem Kapitalismus haben (Algan et. al 2019). 47 Prozent der Gelbwesten hatten Jean-Luc Mélançon (La France insoumise) und 57 Prozent Marine Le Pen bei der Präsidentschaftswahl 2017 gewählt. Eine Umfrage danach, wen die Befragten heute am meisten unterstützen, zeigt hingegen, dass 44 Prozent Marine Le Pen eher vertrauen als Mélançon (27 Prozent). Diese rechte Orientierung der Unterstützenden spiegelt sich auch in weiteren Daten wider: 71 Prozent der entschlossensten Anhängerinnen und Anhänger der Bewegung glauben, dass der Islam eine Bedrohung für die Republik darstelle.

27 Nur 5.000 der 135.000 Online-Beiträge beschäftigen sich mit dem Thema Einwanderung. Die Meinungen unterscheiden sich dabei erheblich (z.B. Verbesserung der Aufnahmebedingungen für Geflüchtete oder das Gegenteil: Stärkung der restriktiven Maßnahmen). In einer Pressekonferenz des Premierministers Édouard Philippe fand das Thema keine Erwähnung.

6. STEUERUNG IN EINZELNEN FELDERN DER MIGRATIONSPOLITIK

6.1 FAMILIENZUSAMMENFÜHRUNG

Familienzusammenführung ist bereits seit den 1970er Jahren ein wichtiges Instrument zur politischen Steuerung von Migration in Frankreich (Cohen 2014). Damals versuchte die französische Regierung, Familienmigration zu unterbinden, blieb dabei aber letztlich ohne Erfolg. Der Versuch von 1977, durch ein Dekret Familieneinwanderung zu stoppen, wurde ein Jahr später vom Staatsrat für nichtig erklärt. Familienzusammenführung war also Ende der 1970er Jahre weiterhin erlaubt.

François Mitterrands liberale Politik stellte Anfang der 1980er Jahre erstmals einen Gegendiskurs dar. 1981 empfahl die sozialistische Regierung, das Dekret über die Familienzusammenführung 1976 „liberal“ zu interpretieren (Cohen 2014: 205). Familien hatten nun die Möglichkeit, Familienzusammenführung auch dann zu beantragen, wenn sie sich bereits auf französischem Boden befanden. Zwischen 1981 und 1984 wurde diese Frage im Parlament kaum diskutiert. Dies änderte sich mit dem Pasqua-Gesetz von 1993, das das Recht auf Familienzusammenführung einerseits zwar festigte, jedoch gleichzeitig strengere Kriterien für einen Antrag auf Familienmigration einführte. Beispielsweise verlängerte sich die Wartefrist, um einen Antrag zu stellen, von einem auf zwei Jahre. Ausländischen Ehepartnern, die sich vor der Heirat irregulär in Frankreich aufhielten, wurde die Aufenthaltserlaubnis verweigert (DEMIG 2014).

Das Sarkozy-Gesetz 2003 änderte die Familiennachzugsregelungen grundlegend. Erhielten Familienangehörige vor der Reform noch automatisch einen zehnjährigen Aufenthaltstitel, sofern der Ehepartner bzw. die Ehepartnerin über einen zehnjährigen Aufenthaltstitel verfügte, wurde dies nun abgeschafft (Hachimi Alaoui 2016). Das zweite Sarkozy-Gesetz 2006 erhöhte die Sperrzeit für einen Familiennachzugsantrag von zwölf auf 18 Monate. Schließlich führte das Hortefeux-Gesetz 2007 den ‚Aufnahme- und Integrationsvertrag‘ (*Contrat d'Accueil et d'Intégration*) ein: Familien mussten nun unterschreiben, dass sie die republikanischen Werte der Französischen Republik respektieren und annehmen. Das Gesetz sah ebenfalls eine Schulung für Eltern über ihre Rechte und Pflichten vor (Hachimi Alaoui 2016). Die finanziellen Ressourcen, die Antragstellende für einen Anspruch nachweisen sollen, wurden ebenfalls neu definiert. Ursprünglich sah der Gesetzestext DNA-Tests zum Nachweis von Elternschaft vor. Diese Maßnahme wurde im Laufe der parlamentarischen Debatte schließlich aufgegeben.²⁸

Während François Hollandes Amtszeit thematisierte u. a. Premierminister Manuel Valls den Familiennachzug immer wieder. Hollande weigerte sich jedoch, den Familiennachzug in Frage zu stellen. Als Sarkozy für die Präsidentschaftswahl 2017 vorschlug, ein Referendum für die Abschaffung des „automatischen“ Erteilens einer Aufenthaltserlaubnis an Familienangehörige durchzuführen, betonte Hollande wiederholt, dass das Recht auf Familienzusammenführung unberührt bleiben sollte (AFP 2016). Mit dem Collomb-Gesetz 2018 nahm Emmanuel Macron leichte Veränderungen am *Status quo* vor und führte für unbegleitete minderjährige Geflüchtete das Recht ein, ihre Geschwister nach Frankreich nachzuholen. Dieser Absatz stieß auf viele Proteste aus dem rechten Lager.

²⁸ Während Sarkozys Amtszeit wurden zahlreiche Einschnitte im Bereich Familie und Familienzusammenführung beschlossen. So wurde beispielsweise der Erwerb der französischen Staatsangehörigkeit erschwert. Galt bisher, dass ausländische Ehepartnerinnen und -partner nach einem Jahr Ehe Anspruch auf die französische Staatsbürgerschaft haben, wurde diese Zeit auf vier Jahre erhöht (fünf bei einem Aufenthalt im Ausland).

6.2 ARBEIT UND STUDIUM

Während Arbeitsmigration in Zeiten des ökonomischen Aufschwungs bis in die 1970er Jahre von der französischen Regierung begünstigt wurde, lag der Schwerpunkt nach dem Anwerbestopp 1974 auf der Rückführung ausländischer Arbeitskräfte. Zahlreiche Programme organisierten die Rückführung in ihre Herkunftsländer. Erst ab der Präsidentschaft François Mitterands wurden diese Rückführungsprogramme abgeschafft (OCDE 2017b).

François Mitterand trug zu bedeutenden Änderungen des französischen Aufenthaltsrechts bei. 1984 führte die Regierung einen neuen Aufenthaltsstatus ein. Ein zehnjähriger Aufenthaltstitel wurde erstellt (*carte de résident*), der zum ersten Mal das Aufenthaltsrecht von einer Beschäftigung trennte: Ausländerinnen und Ausländer erhielten nun die Erlaubnis, sich ohne Beschäftigungsnachweis in Frankreich aufzuhalten. Nach drei Jahren wurde ihnen automatisch ein neuer Aufenthaltstitel erteilt, zum Beispiel wenn sie familiäre oder persönliche Bindungen in Frankreich nachweisen konnten (OCDE 2017b: 42ff).

Bereits Mitte der 1980er und 1990er Jahre wurde die große Mehrheit der Aufenthaltstitel auf Basis familiärer Gründe erteilt (OECD 2017b: 47). Dagegen spielte Arbeitsmigration in dieser Zeit eine eher marginale Rolle. Nur noch zehn bis 15 Prozent aller Aufenthaltstitel wurden für berufliche Begründungen vergeben, was in etwa dem Anteil der Aufenthaltstitel auf Basis humanitärer Hilfe entsprach. Ende der 1990er Jahre und Anfang 2000 fand eine Wende des politischen Migrationsdiskurses im Bereich gezielter Einwanderung statt: Das Interesse an hochqualifizierten Migrantinnen und Migranten aus dem Ausland wuchs. 1995 wurde bereits der Zugang zum französischen Arbeitsmarkt für ausländische Ärzte erleichtert; 1998 wurden Visa für Künstlerinnen und Künstler sowie für Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eingeführt. Wegen des Mangels an qualifizierten Arbeitskräften im Bereich neuer Technologien wurde 1998 ebenfalls die Hürde für die Einstellung ausländischer Ingenieure gesenkt (DEMIG 2014).

Dieses Prinzip selektiver Einwanderung (*immigration choisie*) floss einige Jahre später in das zweite Sarkozy-Gesetz ein. Ziel des Gesetzes war eine „bessere Regulierung von Einwanderung“, die Befürwortung einer „selektiven Einwanderung“ sowie eine „gelungene Integration“. Das Gesetz definierte eine Liste von Arbeitssektoren mit Engpassberufen für die Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte. Es führte zudem eine neue dreijährige Aufenthaltserlaubnis für Hochqualifizierte aus Drittstaaten (*carte de compétences et talents*) ein, die aufgrund ihrer ‚Fähigkeiten‘ und ‚Talente‘ zur wirtschaftlichen, geistigen, wissenschaftlichen oder auch kulturellen Entwicklung Frankreichs beitragen würden. Nach dieser ‚selektiven‘ Logik wurden 2006 und 2007 verschiedene bilaterale Abkommen mit Senegal, Benin oder auch Kongo unterzeichnet, um die Einreise von Hochqualifizierten und Künstlerinnen und Künstlern nach Frankreich zu erleichtern (DEMIG 2014). 2009 wurde eine zehnjährige Aufenthaltserlaubnis für einen „außergewöhnlichen wirtschaftlichen Beitrag“ für Investorinnen und Investoren eingeführt, die Arbeitsplätze schaffen oder hohe Kapitalsummen (über 10 Millionen Euro) in Frankreich investieren. Zur gleichen Zeit wurden im Zuge der EU-Erweiterung 2004 und 2007 aber auch Restriktionen für den Zugang zum Arbeitsmarkt für Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedstaaten eingeführt.

Langfristig schienen diese neuen Aufenthaltstitel nicht die erwarteten Auswirkungen zu haben (siehe Abb. 9). So wurden relativ wenig ‚Kompetenz und Talent‘-Aufenthaltstitel erteilt. 2016 ersetzte sie die Hollan-

de-Regierung mit dem neuen Titel ‚*Passeport Compétence et Talent*‘, der eine vierjährige Aufenthaltserlaubnis gewährleistete.²⁹ Diese Aufenthaltserlaubnis erweiterte Emmanuel Macron 2018 durch das Collomb-Gesetz: Sie wurde nun gleichzeitig an Familienangehörige erteilt, die somit vom Familiennachzugverfahren befreit wurden.

Abb. 9: Vergabe von langfristigen Arbeitsaufenthaltstiteln (2013-2017). *2017 wurde der Aufenthaltstitel ‚Kompetenz und Talent‘ abgeschafft und als ‚Zusatzbezeichnung‘ bei einigen Aufenthaltstiteln angegeben

	2013	2014	2015	2016	2017	
					Gesamt	Darunter ‚ <i>Passeport Talent</i> ‘
Kompetenz und Talent*	292	242	288	233	12	/
Freiberuf	151	133	154	243	525	365
Wissenschaft	3.318	3.566	4.123	3.896	4.472	4.307
Kunst	379	292	487	328	231	145
Angestellte	6.167	6.833	7.643	9.399	10.941	2.991
Saison- oder Zeitarbeit	7.651	8.737	8.934	9.863	11.424	/
Gesamt	17.958	19.803	21.629	23.962	27.605	7.808

Quelle: Innenministerium (2019d)

Im Vergleich zu anderen europäischen Ländern spielt Arbeitsmigration heute immer noch eine eher geringere Rolle (OCDE 2017b: 175). Einen ‚Pool‘ an qualifizierten Arbeitskräften bilden hingegen ausländische Studentinnen und Studenten. Frankreich ist in Bezug auf ein Auslandsstudium nach den Vereinigten Staaten, Australien und Großbritannien das viertattraktivste Land weltweit (OCDE 2017b: 175). Knapp die Hälfte der ausländischen Studierenden kommt dabei aus Afrika. Die Aufnahme von ausländischen Studierenden ist das zweitgrößte Motiv für die Erteilung von Aufenthaltstiteln. Ein Drittel der ausländischen Absolventinnen und Absolventen bleibt nach dem Abschluss in Frankreich (der höchste Anteil unter den OECD-Ländern).

Die Regelungen zur Erteilung von Studentenvisa blieben im Vergleich zu anderen Feldern über die Jahre relativ unverändert. In den 1990er Jahren wurde jedoch die Sorge artikuliert, dass ausländische Studierende ihren Status für einen längeren Aufenthalt in Frankreich missbrauchen könnten. Deshalb wurde u. a. die Nachweispflicht der Seriosität des Studiums eingeführt (DEMIG 2014). Dies änderte sich unter Nicolas Sarkozy, der zahlreiche Maßnahmen einführte, um die Beschäftigung ausländischer Studierender während und nach ihrem Studium zu erleichtern. In einem Gesetz von 2006 schuf er die Möglichkeit, den neugeschaffenen Aufenthaltstitel ‚Kompetenz und Talent‘ nach dem Studium zu beantragen. Ausländische Absolvierende hatten nun die Möglichkeit, sechs Monate nach ihrem Abschluss regulär nach einer Beschäftigung in Frankreich zu suchen.

Ein Jahr vor der Präsidentschaftswahl 2012 erhöhte sich der Druck auf die Sarkozy-Regierung. Im letzten Jahr seiner Amtsperiode kündigte Nicolas Sarkozy zahlreiche Maßnahmen an, um Einwanderung zu steuern, einzudämmen und zu kontrollieren. Im Mai 2011 veröffentlichte das Innenministerium das ‚Guéant-Rundschreiben‘: Präfekturen wurden angewiesen, die Erteilung von Aufenthaltstiteln für Absolventinnen und Absolventen

²⁹ Dieser ‚Talent- und Kompetenz-Pass‘ stellt keine einzelne Aufenthaltserlaubnis mehr dar, sondern knüpft vielmehr an bisher vorhandene Aufenthaltstitel an (siehe Abb. 9).

aus Drittstaatsländern zu verschärfen. Zum ersten Mal während Sarkozys Amtszeit traf die restriktivere Politik auch ausländische Studentinnen und Studenten (Héran 2018).

Als eine seiner ersten Maßnahmen annullierte François Hollande das Rundschreiben. Auch das Collomb-Gesetz von 2018 verfolgte einen migrationsfreundlichen Kurs gegenüber ausländischen Studierenden, indem es neue Titel zum Beispiel für ausländische Absolventinnen und Absolventen schuf, die eine Arbeit in Frankreich suchen oder ein Unternehmen gründen möchten. Gleichzeitig wurde jedoch eine deutliche Erhöhung der Studienbeiträge eingeführt, was überwiegend kritische Resonanz hervorrief.³⁰

6.3 ASYL

Asyl- und Fluchtmigration blieb im Vergleich zu anderen Feldern wie Arbeits- und Familienmigration lange Zeit von restriktiven Maßnahmen unberührt. Nach dem Anwerbestopp wurden die sozialen Rechte für Asylsuchende sogar erweitert: 1975 wurde das bereits gewährte Recht auf Arbeit für Flüchtlinge mit Aufenthaltstitel automatisch anerkannt (Brachet 2002: 52ff). Ein Rundschreiben 1985 gewährte Asylbewerberinnen und -bewerbern das vorläufige Aufenthaltsrecht. Dass an Flüchtlinge und Asylbewerber gezahlte Mindestarbeitslosengeld wurde 1978 als ‚Integrationsbeihilfe‘ übernommen. Familienleistungen und Wohngeld für Flüchtlinge wurden ebenfalls anerkannt.

Ab 1985 begann jedoch eine neue Ära der Infragestellung des Asylrechts (Brachet 2002). Mit dem politischen Geschehen weltweit kam es zu einer erhöhten Ankunft von Asylsuchenden in Frankreich, so aus dem Iran und Afghanistan. In Regierungskreisen setzte sich die Ansicht durch, dass die Sozialleistungen für Asylbewerberinnen und -bewerber in Frankreich dazu beitragen, Asylsuchende stärker anzuziehen (Brachet 2002). Deshalb setzte man auf eine Politik der ‚Abschreckung‘ und schaffte zahlreiche Leistungen wie Familienzulagen, Wohngeld und Sozialwohnungen wieder ab.

Diese restriktive Politik gegenüber Asylsuchenden setzte sich in den 1990er Jahren weiterhin fort, ferner wurde die automatische Arbeitserlaubnis für Asylsuchende abgeschafft. Ein Schwerpunkt lag auf der schnelleren Bearbeitung von Asylanträgen, die Ressourcen für die französische Asyagentur OFPRA wurden erhöht (DEMIG 2014). Das Sarkozy-Gesetz 2003 enthielt eine Liste von ‚sicheren Herkunftsländern‘, das heißt eine Liste von Ländern, deren Staatsangehörige fortan automatisch eine negative Antwort auf ihre Anträge erhielten. Das Gesetz führte den Begriff „internes Asyl“ ein: Anträge wurden abgelehnt, wenn die Asylsuchenden Asyl in einer Region im Herkunftsland finden konnten. 2003 wurde die Kategorie ‚subsidiärer Schutz‘ eingeführt. Nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte wurde 2007 im Gesetz die Möglichkeit geschaffen, einen Folgeantrag im Falle eines abgelehnten Asylantrags zu stellen (EGMR 2007). Zivilgesellschaftliche Organisationen kritisierten, dass die Frist (48 Stunden nach Ablehnung eines Asylantrags) zu kurz sei (France Terre d’Asile 2007).

30 In der ersten Hälfte von Macrons Amtszeit sorgte eine Maßnahme für kontroverse Diskussionen: Im November 2018 erläuterte Premierminister Édouard Philippe die neue Strategie der Regierung, um die französischen Universitäten für ausländische Studierende attraktiver zu machen. Ein Maßnahmenpaket mit dem Titel „Bienvenue en France“ soll sich künftig auf die Verbesserung der Aufnahme und Ausbildung konzentrieren. Philippe führte jedoch eine differenzierte Studiengebühr für außereuropäische Studierende ein. Seit 2019 müssen ausländische Studierende somit jährlich 2.770 Euro statt 170 Euro für einen Bachelor- und 3.770 Euro statt 243 Euro für einen Masterabschluss zahlen. Zahlreiche Universitäten weigerten sich die Maßnahmen umzusetzen (Rich 2019).

Kurz vor der großen Fluchtbewegung 2015 fanden unter der Regierung von François Hollande einige Änderungen im Asylgesetz statt: „Vulnerabilität“ wurde bei der Bearbeitung von Asylanträgen als Kriterium anerkannt. Das Gesetz von 2015 gewährte Asylsuchenden nach neun Monaten den Zugang zum Arbeitsmarkt. Das unter der Macron-Regierung entstandene Collomb-Gesetz 2018 verkürzte die Frist für das Einreichen eines Asylantrags von 120 auf 90 Tage, die Anträge sollen künftig in sechs statt wie bisher in elf Monaten bearbeitet werden. Asylbewerberinnen und -bewerber haben nun weniger Zeit, gegen einen negativen Bescheid Widerspruch einzulegen.

6.4 IRREGULÄRE EINWANDERUNG

Zivilgesellschaftliche Organisationen beklagen, dass sich die Bedingungen für Ausländerinnen und Ausländer ohne Aufenthaltserlaubnis im Laufe der Jahre verschlechtert haben und dass die Kriterien für die Erteilung von neuen Aufenthaltserlaubnissen in Frankreich selektiver geworden sind (CI-MADE (n.a.)). Die französischen Regierungen legten seit den 1970er Jahren einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung illegaler Beschäftigung. Einige Korrekturen fanden unter Präsident Jacques Chirac und Premierminister Lionel Jospin statt. Die Kürzung von sozialen Leistungen für irreguläre Migrantinnen und Migranten weist dennoch auf eine insgesamt restriktivere Richtung hin.

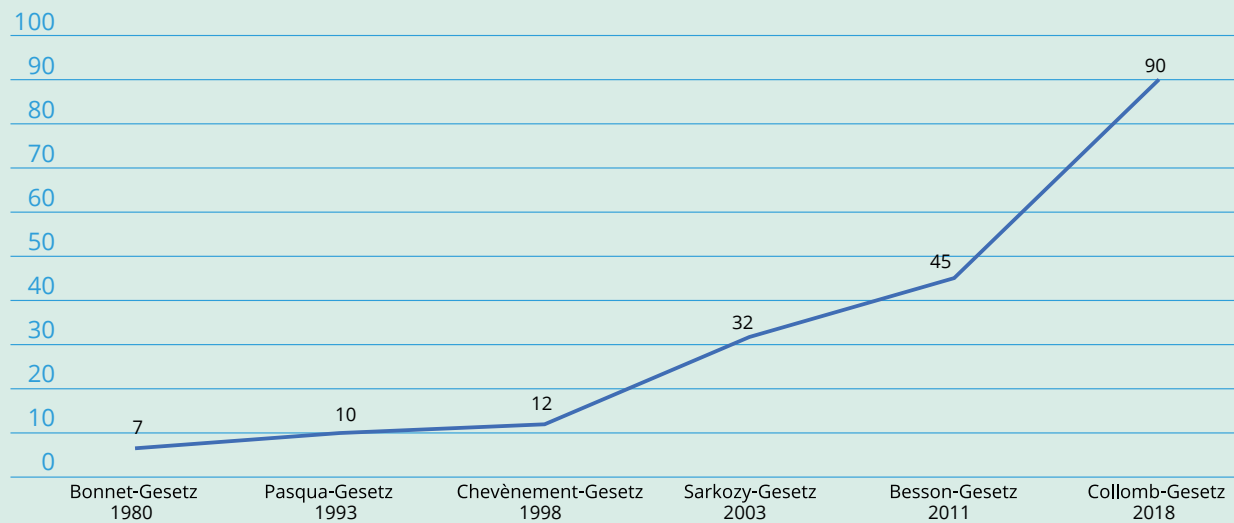
Nach dem Regierungswechsel 1985 bezogen nur noch Migrantinnen und Migranten, die auf regulären Wegen eingewandert waren, Sozialleistungen (DEMIG 2014). Zahlreiche Gesetze kontrollierten die Beschäftigung von irregulären Migrantinnen und Migranten (Bußgelder für Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, mehr Polizeikontrollen). Die Befugnisse der Polizei bei Abschiebungen wurden im Gesetz 1993 erweitert und die Wiedereinreise von Migrantinnen und Migranten verboten. Der Zugang zur Sozialversicherung für irreguläre Migranten wurde abgeschafft und ein Nachweis über den regulären Status verlangt. Dies korrigierte die Regierung von Premierminister Lionel Jospin (Parti Socialiste) mit der Einführung einer staatlichen medizinischen Hilfe (*Aide médicale d'État*) für irreguläre Migrantinnen und Migranten. Diese staatliche medizinische Hilfe wird in der Öffentlichkeit jedoch stark in Frage gestellt.

In den 1980er und 1990er Jahren fanden Legalisierungen (*régularisations*) von Migrantinnen und Migranten in größerem Umfang statt, die vom Innenministerium angeordnet wurden. Von besonderer Bedeutung war François Mitterands Initiative von 1981, mit der er nach seinem Amtsantritt sein Wahlkampfversprechen an 130.000 Migrantinnen und Migranten einlöste und die Bedingungen für die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis erleichterte. Im Mai 1995 erfolgten ähnliche Maßnahmen im Kontext der ‚Sans-Papiers‘-Proteste. Seitdem ist die Eindämmung und Bekämpfung irregulärer Einwanderung wieder zu einem vorrangigen Ziel der französischen Migrationspolitik geworden (Cornuau/Denuzat 2008).

Schließlich lässt sich die restriktive Richtung der französischen Einwanderungspolitik an der Abschiebungspolitik ablesen (Cornuau/Denuzat 2008). Das Bonnet-Gesetz von 1980 erklärte irreguläre Einreise und unrechtmäßigen Aufenthalt zu einer Straftat, was zu systematischen Ausweisungen führte. Im darauffolgenden Jahr nahm jedoch das Questiaux-Gesetz unter François Mitterand viele Bestimmungen wieder zurück. Später folgten weitere Gesetze zur Erleichterungen und Beschleunigung von Abschiebungen sogenannter irregulärer Migrantinnen und Migranten (z.B. Pasqua-Gesetz 1986). Nicolas Sarkozy setzte feste jährliche Abschiebungszahlen als Ziel. Diese sogenannte ‚Zahlenpolitik‘ wurde von den nachfolgenden Innenministern fortgeführt (Héran 2018).

Das Bonnet-Gesetz von 1980 führte zudem die Abschiebehaft ein. Ausreisepflichtige Migrantinnen und Migranten wurden nun bis zu sieben Tage vor ihrer Abschiebung in Zentren inhaftiert. Seit den 1980er Jahren wurde die maximale Dauer der Abschiebehaft schrittweise erhöht (siehe Abb. 10). Zuletzt verlängerte die Regierung von Emmanuel Macron 2018 die Maximaldauer von Abschiebehaft von 45 auf 90 Tage. Die Inhaftierung ausländischer Minderjähriger war im französischen Parlament ein Streitpunkt innerhalb der Fraktion von La République En Marche. Sie ist dennoch auch im neuen Gesetz weiterhin zugelassen.³¹

Abb. 10: Gesetzlich festgelegte Maximaldauer für die Abschiebehaft von Migrantinnen und Migranten ohne Aufenthaltserlaubnis



Quelle: Cimade (2019)

7. AUSBLICK

Die Idee Emmanuel Macrons, eine neue jährliche parlamentarische Debatte über Einwanderungszahlen und Einwanderungspolitik einzuführen, ist nicht neu. Bereits im November 2014 schlug der damalige Premierminister François Fillon (UMP) vor, eine jährliche parlamentarische Debatte über die Zahl der Migrantinnen und Migranten, die Frankreich „aufnehmen könnte“, zu führen (Brustier/Escalona 2015: 521). Mit seiner Entscheidung übernimmt Emmanuel Macron eine Forderung der Républicains. Obwohl sein Wahlkampf auf einem ‚Weder links, noch rechts‘-Konzept basierte, zeigte seine Migrationspolitik in den ersten zwei Jahren seiner Amtszeit keinen eindeutigen Bruch mit seinen Vorgängern. Im Gegenteil: Die Unterscheidung zwischen ‚selektiver‘ und ‚unerwünschter‘ Einwanderung, die Sarkozy ein Jahrzehnt zuvor in französisches Recht überführt hatte, wird fortgesetzt. Im Allgemeinen deuten die eingeleiteten Maßnahmen sowie Macrons Positionierung zu europäischen Migrationsfragen auf einen restriktiven Kurs (*fermeté*) gegenüber einer humanistischen, ‚menschlichen‘ Sicht (*humanité*) hin.

Gesellschaftliche Diskurse um Einwanderung zeichnen sich in Frankreich durch eine gewisse Kontinuität aus. Dabei diskutiert die Öffentlichkeit bestimmte Themen immer wieder. Das Thema Religion prägt die öffentlichen Diskussionen um Einwanderung kontinuierlich. Insbesondere die Verein-

³¹ 2012 wurde die französische Regierung vom Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte für den Umgang mit Kleinkindern in Abschiebehaft verurteilt.

barkeit des Islams mit dem laizistischen Prinzip der Französischen Republik ist seit der ‚Kopftuchaffäre‘ Ende der 1980er Jahre Bestandteil nationaler Debatten. Auch die Haltung der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure, die zum Beispiel im Rahmen der ‚Sans-Papiers‘-Bewegung bereits in den 1990er Jahren die Öffentlichkeit auf die Lebens- und Aufenthaltsbedingungen von Asylantragsstellenden sowie irregulärer Migrantinnen und Migranten aufmerksam gemacht hatten, blieb über die Jahre hinweg annähernd unverändert. Außerdem scheinen politische Einstellungen über Migration und Integration relativ konstant zu bleiben. Einwanderung wurde über einen längeren Zeitraum als sehr wichtiges Thema eingestuft. Seit einem Jahrzehnt stimmen mehr als die Hälfte der Befragten der CEVI-POF-Umfragen der Aussage zu, dass zu viele Migrantinnen und Migranten in Frankreich leben. Die Wahrnehmung des Islams als Bedrohung für die Französische Republik stellt ebenfalls eine Konstante der letzten Jahre dar.

Letztlich ist das Migrationsthema auf politischer Ebene vom Rassemblement National besetzt und stark instrumentalisiert. Mit dieser Schlüsselposition versucht die Partei das Thema Einwanderung mit zwei großen Sorgen der französischen Bevölkerung in Verbindung zu setzen: Arbeitslosigkeit und Terrorismus. Nur der Kampf gegen den „Radikalen Islamismus“ nahm in den letzten Jahren eine noch bedeutsamere Rolle ein. Der Zuspruch, der in den Wahlergebnissen der Partei sichtbar wird, erzeugt dabei Druck auf die anderen französischen Parteien. Die Versuchung, sich dem restriktiven Kurs des Rassemblement National anzunähern und Migrationsfragen mit einer Identitätsdebatte zu verbinden, ist bis heute sehr groß. Besonders bezeichnend war dabei die Amtszeit von Präsident Nicolas Sarkozy. Sarkozy verschwieg nie sein Ziel, die nach rechts gerückte Wählerschaft durch Themen wie Sicherheit und Einwanderung zurückzugewinnen. Die Verschärfung des Diskurses und die identitätspolitische Prägung der Debatten um Einwanderung, die er initiierte, ziehen sich bis heute durch. Emmanuel Macron wurde 2018 wegen seiner Asyl- und Einwanderungsgesetzgebung vorgeworfen, damit dem Kurs von Nicolas Sarkozy zu folgen. Seine Rhetorik nach den sogenannten Gelbwesten-Protesten und angesichts der steigenden Zahl der Asylanträge deutet darauf hin, dass auch er der Versuchung, sich dem restriktiven Kurs des Rassemblement National anzunähern, nicht ganz widerstehen kann.

LITERATUR

- AFP* 2016: Nicolas Sarkozy propose des référendums sur le regroupement familial et sur les fichés S; verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/election-presidentielle-2017/article/2016/10/07/nicolas-sarkozy-propose-deux-referendums-sur-le-regroupement-familial-et-les-fiches-s_5010228_4854003.html (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- AFP* 2017: Migrants: le Défenseur des droits dénonce des atteintes; verfügbar unter: <http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2017/06/14/97001-20170614FILWWW00150-migrants-le-defenseur-des-droits-denonce-des-atteintes.php> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- AFP* 2018: Paris déplore des «manipulations» sur le Pacte de Marrakech; verfügbar unter: https://www.lexpress.fr/actualite/politique/paris-deploire-des-manipulations-sur-le-pacte-de-marrakech_2052570.html (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- AFP* 2019: La France devient le «premier pays» d'Europe pour les demandes d'asile; verfügbar unter: https://www.lepoint.fr/societe/la-france-devient-le-premier-pays-d-europe-pour-les-demandes-d-asile-21-11-2019-2348892_23.php (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Albanel, Véronique* 2018: Humanité et fermeté; in: *Études* 4, S. 4-6.
- Algan, Yann / Beasley, Elizabeth / Cohen, Daniel / Foucault, Martial / Péron, Madeleine* 2019: « Qui sont les Gilets jaunes et leurs soutiens ? »; Observatoire du Bien-être du CEPREMAP et CEVIPOF, n°2019-03.
- Backes, Uwe* 2019: Rechtspopulismus in Frankreich; in: Brinkmann, Heinz Ulrich / Panreck, Isabelle-Christine (Hg.): *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften*; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 293-314.
- Badea, Constantina* 2012: Modèles d'intégration, identification nationale et attitudes envers les immigrés en France; in: *L'Année psychologique* 112(4), S. 575 -592.
- Bienvenu, Julie* 2015: Jean-Marie Le Pen défend ses propos sur l'inégalité des races; verfügbar unter: https://www.lemonde.fr/politique/article/2015/02/05/jean-marie-le-pen-defend-ses-propos-sur-l-inegalite-des-races_4570020_823448.html (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Bizeul, Yves* 2019: Das französische Integrationskonzept – eine kritische Bestandsaufnahme; in: Bizeul, Yves / Rudolf, Dennis Bastian (Hg.): *Politische Debatten um Migration und Integration. Konzepte und Fallbeispiele*; VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 133-160.
- Bourdieu, Pierre* 1997: *Das Elend der Welt*; UVK Verlagsgesellschaft, Konstanz.
- Brachet, Olivier* 2002: Le droit d'asile ne résoudra pas le dossier de l'immigration; in: *Confluences Méditerranée* 3(42), S. 99-107.
- Bretton, Laure* 2019: Identité et immigration: à quoi joue Emmanuel Macron?; verfügbar unter: https://www.liberation.fr/france/2018/12/11/identite-et-immigration-a-quoi-joue-emmanuel-macron_1697271 (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Brinbaum, Yaël / Moguérou, Laure / Primon, Jean-Luc* 2014: Les enfants d'immigrés et l'école : un échec scolaire à relativiser; in: Poinsot, Marie / Weber, Serge (Hg.): *Migrations et mutations de la société française*; La Découverte, Paris, S. 158-166.
- Brustier, Gael / Escalona, Fabien* 2015: La gauche et la droite face au front national ; in: Crépon, Sylvain / Dézé, Alexandre / Mayer, Nonna (Hg.): *Les faux-semblants du Front national. Sociologie d'un parti politique*; Presses de Sciences Po, Paris, S. 505-528.
- Cabanel, Patrick* 1999: Laizität und Religionen im heutigen Frankreich; in: Christadler, Marieluise / Uterwedde, Henrik (Hg.): *Länderbericht Frankreich*; Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 164-180.
- CEVIPOF* 2019: Barometre de la confiance politique – vague 10. Sciences Po, Paris; verfügbar unter: https://www.sciencespo.fr/cevipoef/sites/sciencespo.fr/cevipoef/files/CEVIPOF_confiance_vague10-1.pdf (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Cimade* (n.a.): Droit au séjour; verfügbar unter: <https://www.lacimade.org/nos-actions/droit-au-sejour/> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Cimade* 2018: Asile et immigration: le durcissement assumé; verfügbar unter: <https://www.lacimade.org/asile-immigration-durcissement-assume/> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Cimade* 2019: Rapport sur les centres et locaux de rétention administrative. Cimade, Paris; verfügbar unter: <https://www.lacimade.org/publication/rapport-2018-centres-locaux-retention-administrative/> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Cohen, Muriel* 2012: Regroupement familial: L'exception algérienne (1962-1976); in: *Plein Droit* 4(95), S. 19-22.
- Cohen, Muriel* 2014: Contradictions et exclusions dans la politique de regroupement familial en France (1945-1984); in: *Annales de démographie historique* 2(128), S. 187-213.
- Cornuau, Frédérique / Dunezat, Xavier* 2008: Faire figure d'immigré-E; in: *Espace populations sociétés* 3, S. 463-481.

- Cornuau, Frédérique / Dunezat, Xavier* 2008: L'immigration en France: concepts, contours et politiques; in: Espace populations sociétés 2, S. 331-352.
- Crespy, Amandine* 2012: Qui a peur de Bolkestein?; Economica, Paris.
- De Luca Barrusse, Virginie* 2012: L'invention du « problème sanitaire de l'immigration » au cours des années 1920; in: Revue de l'histoire de la protection sociale 5(1), S. 61-77.
- DEMIG* 2014. DEMIG POLICY Data; verfügbar unter: <https://www.migrationinstitute.org/data/demig-data/demig-policy-1> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Diaz, Delphine* 2012: Les réfugiés politiques étrangers dans la France des années 1830. De la redéfinition des figures d'autorité à la contestation des normes; in: Hypothèses 1(15), S. 267-278.
- Dézé, Alexandre* 2015: La « dédramatisation » . Une nouvelle stratégie?; in: Crépon, Sylvain / Dézé, Alexandre / Mayer, Nonna (Hg.): Les faux-semblants du Front national. Sociologie d'un parti politique; Presses de Sciences Po, Paris, S. 25-50.
- Dusseaulx, Anne-Charlotte* 2018: «Immigration» et «identité»: pourquoi Emmanuel Macron y a-t-il fait référence?; verfügbar unter: <https://www.lejdd.fr/Politique/immigration-et-identite-pourquoi-emmanuel-macron-y-a-fait-reference-3818690> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Éducation nationale* 1994: Circulaire n°1649 du 20 septembre 1994; verfügbar unter: <http://www.assemblee-nationale.fr/12/dossiers/documents-laicite/document-3.pdf> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Élysée* 2019: Conférence de presse à l'issue du Grand Débat national; verfügbar unter: <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2019/04/25/conference-de-presse-grand-debat-national> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Equy, Laure* 2015: Déchéance de nationalité : des députés PS « mal dans leurs pompes »; verfügbar unter: https://www.liberation.fr/france/2015/12/02/decheance-de-nationalite-des-deputes-ps-mal-dans-leurs-pompes_1417803 (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte vom 26. August 1789; verfügbar unter: https://www.conseil-constitutionnel.fr/sites/default/files/2019-02/20190218Erklärung_der_Menschen.pdf (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Europäische Kommission* 2018a: Travailleurs détachés: un déferlement de travailleurs low cost ! Vraiment ?; verfügbar unter: https://ec.europa.eu/france/news/20180326_decodeursue_travailleurs_detaches_fr (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Europäische Kommission* 2018b: Special Eurobarometer 478; Europäische Kommission, Brüssel.
- Europäische Kommission* 2019: What do you think are the two most important issues facing (OUR COUNTRY) at the moment?; verfügbar unter: <http://ec.europa.eu/COMMFrontOffice/publicopinion/index.cfm/Chart/getChart/chartType/gridChart/themeKy/42/groupKy/208/savFile/54> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte* 2007: *Case of Gebremedhin [Gaberamadhien] v. France. Application no. 25389/05. Judgment. 26 April 2007. Strasbourg*; verfügbar unter: [https://hudoc.echr.coe.int/fre#{„itemid“:\[„001-80333“\]}](https://hudoc.echr.coe.int/fre#{„itemid“:[„001-80333“]}) (letzter Zugriff: 15.01.2019).
- France Terre d'Asile* 2007: Loi n° 2007-1631 du 20 novembre 2007 relative à l'immigration, l'intégration et à l'asile; verfügbar unter: <http://www.france-terre-asile.org/images/stories/que-faisons-nous/daha/12-loi-2007-11-20-analyse.pdf> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Franceinfo* 2016: Renoncement de François Hollande: «Exprimer des regrets, c'est une vraie erreur politique »; verfügbar unter : https://www.francetvinfo.fr/politique/francois-hollande/renoncement-de-francois-hollande-exprimer-des-regrets-c-est-une-vraie-erreur-politique_1949383.html (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Französische Verfassung des 4. Oktobers* 1958; verfügbar (auf Französisch) unter: <https://www.legifrance.gouv.fr/affichTexteArticle.do?idArticle=LEGIARTI000019240997&cidTexte=LEGITEXT000006071194&dateTexte=20080725> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Gastaut, Yvan* 2012: The "Immigration Question": Mainspring of Sarkozy's Presidency; in: Contemporary French and Francophone Studies 16(3). S. 333-346.
- Geisser, Vincent* 2019: Les gilets jaunes et le triptyque « islam, banlieues, immigration » : une machine à produire des fantasmes identitaires; in: Migrations Sociétés 175(1), S. 5-16.
- Georgiou, Myria / Zaborowski, Rafal* 2017: Media coverage of the "refugee crisis": A cross-European perspective; Europarat, Strasbourg.

- Hachimi Alaoui, Myriam* 2016: L'immigration familiale: une obligation d'« intégration républicaine ». Le cas du Contrat d'accueil et d'intégration; in: *Recherches Familiales* 1(13), S. 79-93.
- Héran, François* 2018: *Avec l'immigration. Mesurer, débattre, agir*; La Découverte, Paris.
- Hollande, François* 2012: Le changement, c'est maintenant. Mes 60 engagements pour la France; verfügbar unter: http://www.ps29.org/IMG/pdf/Projet_FH2012.pdf (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Hollande, François* 2014: Déclaration de M. François Hollande, Président de la République, sur l'immigration en France, à Paris le 15 décembre 2014; verfügbar unter : <http://discours.vie-publique.fr/notices/147003010.html> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Ifop* 2018: Le regard des Français sur l'immigration. FD/JPD N° 115985; verfügbar unter: <https://www.ifop.com/publication/le-regard-des-francais-sur-limmigration/> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Insee* 2012: Les enfants d'immigrés ont des parcours scolaires différenciés selon leur origine migratoire; verfügbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/1374016?sommaire=1374025> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Insee* 2016: La localisation géographique des immigrés: Une forte concentration dans l'aire urbaine de Paris. Insee Première No 1591; verfügbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2121524#tableau-figure6> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Insee* 2017: Être né en France d'un parent immigré: Une population diverse reflétant l'histoire des flux migratoires. Insee Première, No 1634; verfügbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/2575541> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Insee* 2018a: Comparateur des territoires. Chiffres détaillés; verfügbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/1405599?geo=FRANCE-1> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Insee* 2018b: Immigrés, étrangers. Chiffres clés; verfügbar unter : <https://www.insee.fr/fr/statistiques/3633212> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Insee* 2018c: Tableaux de l'économie française. Édition 2018; verfügbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/3303358?sommaire=3353488#consulter> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Insee* 2019a: Estimation de la population au 1^{er} janvier 2019. Séries par région, département, sexe et âge de 1975 à 2019. Chiffres détaillés; verfügbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/1893198> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Insee* 2019b: Le taux de chômage diminue de 0,3 point au quatrième trimestre 2018. Informations rapides, 36; verfügbar unter: <https://www.insee.fr/fr/statistiques/3713743> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Ipsos* 2019: Enquête sur l'intégration républicaine. Januar 2019; verfügbar unter: https://www.ipsos.com/sites/default/files/ct/news/documents/2019-02/rapport_ipsos_integration_republicaine_fev_2019_3.pdf (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Krastev, Ivan / Leonard, Mark / Dennison, Susi* 2019: What Europeans really want: Five myths debunked; verfügbar unter: https://www.ecfr.eu/specials/what_europeans_really_want_five_myths_debunked (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Le Cour Grandmaison, Olivier* 2011: Immigration, islam, « identité nationale »: vieux débats, vieux démons; in: *Topique* 114(1), S. 93-106.
- Le Pen, Marine* 2018: Tweet am 06.12.2018; verfügbar unter: https://twitter.com/MLP_officiel/status/1070791985143996416 (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Lefebvre, Henri* 2009: *Le droit à la ville; Espace et politique*, Paris.
- Les Républicains* 2018: Lydia Guirous: « Le Pacte de Marrakech promeut un appel d'air migratoire »; verfügbar unter: https://www.republicains.fr/actualites_lydia_guirous_pacte_marrakech_promeut_appel_air_migratoire_20181210 (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Lévy-Vroelant, Claire* 2006: Migrants et logement: une histoire mouvementée; in: *Plein Droit* 1(68), S. 5-10.
- Lindemann, Ute* 2001: Sans-Papiers-Protteste und Einwanderungspolitik in Frankreich; Leske + Budrich, Opladen.
- Lochak, Danièle* 2007: Le « modèle républicain » dans le débat public. Usages rhétoriques et reconstitution mythique; in: Badie, Bertrand / Déloye, Yves (Hg.): *Le Temps de l'État*; Fayard, Paris, S. 398-407.
- Marthaler, Sally* 2008: Nicolas Sarkozy and the politics of French immigration policy; in: *Journal of European Public Policy* 15(3), S. 382-397.
- Mayer, Nonna* 2018: The radical right in France; in Rydgren, Jens (Hg.): *The oxford handbook of the radical right*; Oxford, Oxford University Press, S. 433-451.
- Mayer, Nonna* 2007: Comment Nicolas Sarkozy a rétréci l'électorat Le Pen; in: *Revue française de science politique* 57(3), S. 429-445.

- Médecins Sans Frontières* 2018: Consultation sur le projet de loi sur l'asile et l'immigration: MSF dénonce «un jeu de dupes»; verfügbar unter: <https://www.msf.fr/actualites/consultation-sur-le-projet-de-loi-sur-l-asile-et-l-immigration-msf-denonce-un-jeu-de-dupes> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Meier, Albrecht* 2019: Frankreich debattiert über Migration. Macron spielt mit dem Feuer. Tagesspiegel; verfügbar unter: <https://www.tagesspiegel.de/politik/frankreich-debattiert-ueber-migration-macron-spielt-mit-dem-feuer/25095250.html> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Michel, Tristan* 2015: Attentats: pour Nicolas Sarkozy, «l'immigration complique les choses»; verfügbar unter: <https://www.lci.fr/politique/attentats-pour-nicolas-sarkozy-limmigration-complique-les-choses-1519922.html> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Ministère de l'intérieur* 2018: Le logement des immigrés vivant en France en 2015; verfügbar unter: <https://www.immigration.interieur.gouv.fr/Info-ressources/Actualites/Focus/Le-logement-des-immigres-vivant-en-France-en-2015> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Ministère de l'intérieur* 2019a: L'essentiel de l'immigration. Chiffres clefs: Les demandes d'asile. 2019-29 ; verfügbar unter: https://www.federationsolidarite.org/images/stories/PDF/EM-2019-29-Demandes-d_asile-publication-du-15-janvier-2019.pdf (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Ministère de l'intérieur* 2019b: Élections. Les résultats; verfügbar unter: <https://www.interieur.gouv.fr/Elections/Les-resultats> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Ministère de l'intérieur* 2019c: L'essentiel de l'immigration. Chiffres clefs: Les Titres de Séjour; verfügbar unter: <https://www.immigration.interieur.gouv.fr/Info-ressources/Etudes-et-statistiques/Statistiques/Essentiel-de-l-immigration/Chiffres-cles> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Ministère de l'intérieur* 2019d: La délivrance des visas aux étrangers; verfügbar unter: <https://www.data.gouv.fr/fr/datasets/em-2019-27-la-delivrance-de-visas-aux-etrangers-au-15-janvier-2019/> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Mitterrand, François* 1981: 110 propositions pour la France. Programme de gouvernement préparé par le Parti socialiste (PS) pour l'élection présidentielle d'avril-mai 1981; verfügbar unter: <https://www.monde-diplomatique.fr/mav/124/A/51865> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Noiriel, Gérard* 1988: Le creuset français. Histoire de l'immigration XIXe-XXe siècles.
- OECD* 2017a: Perspectives des migrations internationales 2017; OECD, Paris.
- OECD* 2017b: Le recrutement des travailleurs immigrés: France 2017; OECD, Paris.
- OFPPA* 2018a: De la Grande guerre aux guerres sans nom, une histoire de l'Ofpra; OFPPA, Paris; verfügbar unter: https://ofpra.gouv.fr/sites/default/files/atoms/files/brochure_historique_ofpra_bd_1.pdf (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- OFPPA* 2018b: Histoire de l'asile; OFPPA, Paris; verfügbar unter: <https://www.ofpra.gouv.fr/fr/histoire-archives/histoire-de-l-asile> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Perrineau, Pascal* 2014: La France au Front : Essai sur l'avenir du Front national; Fayard, Paris.
- Perrineau, Pascal* 2016: Le retour des nationaux-populismes et la question migratoire; in: Presses Universitaires de France 65(1), S. 111-120.
- Pervillé, Guy* 2002: Pour une histoire de la guerre d'Algérie: 1954-1962; Editions A et J Picard, Paris.
- Pette, Mathilde / Eloire, Fabien* 2016: Pôles d'organisation et engagement dans l'espace de la cause des étrangers. L'appart de l'analyse des réseaux sociaux; in: Sociétés contemporaines 1 (101), S. 5-35.
- Rich, David* 2019: Frais de scolarité pour les étudiants étrangers : La tension monte entre l'État et les universités. France 24; verfügbar unter: <https://www.france24.com/fr/20190118-france-hausse-frais-scolaire-etudiants-etrangers-tension-monte-entre-etat-universites> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Roy, Olivier* 2007: Le croissant et le chaos; Hachette Littérature, Paris.
- Sarale, Jean-Marc* 2015: Formule discursive, argumentation et dialogisme transdiscursif. Le "plombier polonais" dans le débat public de 2005 sur l'Europe; in Auboussier, Julien / Ramoneda, Toni (Hg.): L'Europe en contre-discours; Presses Universitaires de Franche-Comté, Besançon, S. 95-114.
- Sideris, Felicia* 2018: «Ils vont vendre le pays»: pourquoi le «pacte de Marrakech» affole-t-il une partie des Gilets jaunes et de la droite?; verfügbar unter: <https://www.lci.fr/population/immigration-ils-vont-vendre-le-pays-pourquoi-le-pacte-de-marrakech-affole-t-il-une-partie-des-gilets-jaunes-et-de-la-droite-macron-2106561.html> (letzter Zugriff: 17.12.2019).
- Siméant, Johanna* 1998: La Cause des sans-papiers; Presses de Sciences Po, Paris.
- Simon, Patrick* 2007: Comment la lutte contre les discriminations est passée à droite; in: Mouvement 52(4), S. 153-163.

Simon, Patrick 2015. The Choice of Ignorance. The Debate on Ethnic and Racial Statistics in France; in: Simon, Patrick / Piché, Victor / Gagnon, Amélie A. (Hg.): Social Statistics and Ethnic Diversity. Cross-National Perspectives in Classifications and Identity Politics. IMISCOE Research Series book series (IMIS); VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden, S. 65-87.

SOS Racisme 2018: Les immigrés comme boucs émissaires?; verfügbar unter: <https://sos-racisme.org/communique-de-presse/les-immigres-comme-boucs-emissaires/> (letzter Zugriff: 17.12.2019).

Spire, Alexis 2005: Étrangers à la carte. L'administration de l'immigration en France (1945-1975); Broché, Paris.

Streiff-Fénart, Jocelyne 2009: Le "modèle républicain" et ses Autres : construction et évolution des catégories de l'altérité en France; in: Migrations & Sociétés 122(2), S. 215-236.

Sturm-Martin, Imke 2001: Zuwanderungspolitik in Großbritannien und Frankreich. Ein historischer Vergleich 1945-1962; Campus Verlag, Frankfurt am Main.

Tésorière, Ronan 2018: Quand des Gilets jaunes dénoncent des migrants aux gendarmes; verfügbar unter: <http://www.leparisien.fr/faits-divers/quand-des-gilets-jaunes-remettent-des-migrants-aux-gendarmes-21-11-2018-7948308.php> (letzter Zugriff: 17.12.2019).

Valeurs actuelles 2018: Pacte de Marrakech: "une trahison" selon Marine Le Pen; verfügbar unter: <https://www.valeursactuelles.com/politique/pacte-de-marrakech-une-trahison-selon-marine-le-pen-101359> (letzter Zugriff: 17.12.2019).

Vie publique 2015: Zones urbaines sensibles: 38,4 % de la population sous le seuil de pauvreté; verfügbar unter : <https://www.vie-publique.fr/actualite/alaune/zones-urbaines-sensibles-38-4-population-sous-seuil-pauvrete-20150507.html> (letzter Zugriff: 17.12.2019).

Viprey, Mouna 2010: Immigration choisie, immigration subie: du discours à la réalité; in: La revue de l'IRES 64(1), S. 149-169.

Weil, Patrick 1988: La politique française d'immigration; in: Pouvoirs 47, S. 45-60.

Wihtol de Wenden, Catherine 2002: Ouverture et fermeture de la France aux étrangers. Un siècle d'évolution. Vingtième Siècle; in: Revue d'histoire 73(1), S. 27-38.

Wöhst, Christian 2018: MIDEM Länderbericht Vereinigtes Königreich; MIDEM, Dresden.

AUTORIN

AIMIE BOUJU, M.A.

Aimie Bouju, M.A., ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im MIDEM Projekt an der NRW School of Governance, Universität Duisburg-Essen. Davor arbeitete sie beim Max-Planck-Institut für demografische Forschung/Population Europe in Berlin. Ihr Studium der Kulturwissenschaften (Bachelor) und Europawissenschaften (Master) absolvierte sie an der Europa-Universität Viadrina und an der Universität Valencia in Spanien. Zurzeit promoviert sie zum Thema „Deskriptive Repräsentation in der Einwanderungsgesellschaft“ an der Universität Duisburg-Essen.

E-Mail: aimie.bouju@uni-due.de

ÜBER MIDEM

In den vergangenen Jahren hat das Thema Migration in den Gesellschaften Europas zu neuen Polarisierungen geführt. Die politischen und sozialen Herausforderungen dieser Entwicklung sind noch nicht absehbar. Notwendig sind Untersuchungen, die den Zusammenhang zwischen Migration und Demokratie erforschen.

Das Mercator Forum für Migration und Demokratie (MIDEM) fragt danach, wie Migration demokratische Politiken, Institutionen und Kulturen prägt und zugleich von ihnen geprägt wird. Untersucht werden Formen, Instrumente und Prozesse politischer Verarbeitung von Migration in demokratischen Gesellschaften – in einzelnen Ländern und im vergleichenden Blick auf Europa.

MIDEM untersucht:

- Krisendiskurse zu Migration und Integration.
- Populismus.
- Institutionelle Verarbeitung von Migration.
- Migration in städtischen und regionalen Kontexten.

MIDEM hat zur Aufgabe:

- die nationale und internationale Vernetzung sowie die interdisziplinäre Kommunikation über Migration zu fördern.
- regelmäßig erscheinende Länderberichte und Querschnittsstudien zu zentralen Fragen an der Schnittstelle zwischen Migration und Demokratie zu erstellen.
- gesamteuropäische Handlungsempfehlungen für den demokratischen Umgang mit Migration zu entwickeln.
- Politik und Zivilgesellschaft zu beraten.

IMPRESSUM

ISSN: 2570-0715

Herausgeber:

Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor
Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM)

TU Dresden
*Institut für Politikwissenschaft/
Zentrum für Verfassungs- und Demokratieforschung*
Philosophische Fakultät
01062 Dresden

Tel.: +49 351 463 35811
midem@mailbox.tu-dresden.de
www.forum-midem.de

Autorin:

Aimie Bouju

Redaktion:

Dr. Oliviero Angeli
Katja Solbrig

Gestaltung:

Vollblut GmbH & Co. KG

© MIDEM 2020

Alle Bilder sind entweder in unserem Eigentum oder das Urheberrecht ist an Ort und Stelle gekennzeichnet. Sollte ein Bild fehlerhaft ausgewiesen sein, bitten wir, uns dies schnellstmöglich anzuzeigen.

MIDEM ist ein Forschungszentrum der Technischen Universität Dresden in Kooperation mit der Universität Duisburg-Essen, gefördert durch die Stiftung Mercator.

